Hanns Martin Schleyer-Preis 2018 und 2019

Clemens Fuest

»Populistische versus freiheitliche Wirtschaftspolitik im 21. Jahrhundert«

Timothy Garton Ash

»Zivilcourage und Toleranz im heutigen Europa«

Laudationes

Sylvie Goulard

Joachim Gauck

Herausgegeben von Barbara Frenz

Hanns Martin Schleyer-Stiftung

Veröffentlichungen der
Hanns Martin Schleyer-Stiftung
Band 95

Hanns Martin Schleyer-Preise 2018 und 2019

Verleihung an

Professor Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest

und

Professor Timothy Garton Ash

am 6. Mai 2019
im Neuen Schloss in Stuttgart

Laudationes

Sylvie Goulard

Bundespräsident a.D. Dr. h.c. Joachim Gauck

Herausgegeben von Barbara Frenz

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme. Ein Titeldatensatz für die Publikation ist bei der Deutschen Bibliothek erhältlich.

ISBN: 978-3-947526-02-4

© 2019 Hanns Martin Schleyer-Stiftung

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberschutzgesetzes ist ohne Zustimmung der Hanns Martin Schleyer-Stiftung unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Satz: Mazany – Werbekonzeption und Realisation, Düsseldorf
Printed in Germany

Inhalt

Grußwort

Wilfried Porth
Vorsitzender des Vorstandes der
Hanns Martin Schleyer-Stiftung 13

Laudationes

Sylvie Goulard 19

Bundespräsident a.D. Dr. h.c. **Joachim Gauck** 31

Grußwort und Preisverleihung

Dr. **Nicole Hoffmeister-Kraut**, MdL
Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau des
Landes Baden-Württemberg 41

Vorträge

Prof. Dr. Dr. h.c. **Clemens Fuest**
»Populistische versus freiheitliche Wirtschaftspolitik
im 21. Jahrhundert« 51

Prof. **Timothy Garton Ash**
»Zivilcourage und Toleranz im heutigen Europa« 59

Anhang

Pressespiegel (Auswahl) 69
Zum Hanns Martin Schleyer-Preis 77
Redaktionelle Nachbemerkung 89
Veröffentlichungen der Hanns Martin Schleyer-Stiftung 91

Professor Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest

Professor Timothy Garton Ash

Grußwort

Wilfried Porth

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Bundespräsident Dr. Gauck,
verehrte hohe Repräsentanten aus Politik und Wirtschaft, Justiz, Wissenschaft und Kultur,
Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften,
liebe Familie Schleyer,
sehr geehrte Angehörige,
sehr geehrte Mitglieder der Jury und Stiftungsgremien,
liebe Freunde und Förderer der Hanns Martin Schleyer-Stiftung.

Zur diesjährigen Verleihung der Hanns Martin Schleyer-Preise für die Jahre 2018 und 2019 heiße ich Sie alle sehr herzlich willkommen.

Das große Interesse an dieser Preisverleihung freut uns sehr und ich danke Ihnen für Ihr Kommen.

Im Zentrum des heutigen Abends steht die Würdigung zweier herausragender Persönlichkeiten für ihre außergewöhnlichen Verdienste um die Festigung und Förderung der Grundlagen eines freiheitlichen Gemeinwesens: Professor Clemens Fuest und Professor Timothy Garton Ash.

Meine Damen und Herren, bitte heißen Sie gemeinsam mit mir die Preisträger herzlich willkommen. Dass Sie, verehrte Madame Goulard, und Sie, sehr geehrter Herr Dr. Gauck, uns die Ehre erweisen, zu laudatieren, freut uns besonders. Wir heißen auch Sie herzlich willkommen. Erlauben Sie mir bei der Gelegenheit, dass ich mit Ihnen, sehr geehrter Herr Professor Strube, auch einen unserer bisherigen Preisträger sehr herzlich begrüße.

Mein besonderer Dank gilt der baden-württembergischen Landesregierung, die uns seit über 30 Jahren ermöglicht, diese Preisverleihungen in den beeindruckenden Räumlichkeiten des Neuen Schlosses Stuttgart

durchzuführen. Und so freut es uns sehr, dass Ministerpräsident Kretschmann die Schirmherrschaft für diese Festveranstaltung übernommen hat. Ihnen, sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut, danke ich für die Gastfreundschaft – und vor allem für Ihre Bereitschaft, die Verleihung der Preise heute persönlich vorzunehmen.

Meine Damen und Herren, heute Abend ehren wir zwei Persönlichkeiten, die sich für das freiheitliche Gemeinwesen unseres Landes und auch für Europa stark gemacht haben. In Zeiten, in denen der Druck auf die Europäische Union nicht nur von außen, sondern auch von innen – und dies nicht nur durch den drohenden Brexit – immens steigt und Europa auseinanderzudriften droht, ist die Europäische Union mit ihrer freiheitlich-demokratischen und rechtsstaatlichen Grundordnung herausgefordert, sich zu besinnen und neu zu ordnen. Zu besinnen auf das, was wir eine gemeinsame Identität nennen können. Uns eint in Europa der Wille zu Frieden und Wohlstand in einer prosperierenden freiheitlichen Gemeinschaft, in der die Bürger unterschiedlichster Nationalitäten leben. Zumindest gilt das für die meisten Mitbürger.

Aber die Freiheit erfordert Mut. Wir müssen bereit sein, für dieses Europa einzustehen und es selbstbewusst verteidigen und weiterentwickeln. Besonders wenn wir auch künftig eine entscheidende Rolle im globalen Wettbewerb spielen und damit politisch stark und wirtschaftlich erfolgreich sein wollen.

Dies ist – wie Sie alle wissen – auch ein Kernanliegen der Stiftungsarbeit: Wir wollen den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat stärken und das mit einer nach ordnungspolitischen Grundüberzeugungen ausgerichteten Sozialen Marktwirtschaft.

Die Jury, die ich heute ebenfalls nahezu vollständig begrüßen darf, sieht mit unseren heutigen Preisträgern die Intentionen des Preises in herausragender Weise erfüllt: Professor Clemens Fuest stellt sich als Präsident des ifo-Institutes den vielfältigen Fragen einer freiheitlich-wettbewerblichen Wirtschaftspolitik, für die er sich nachhaltig und notfalls auch streitbar einsetzt. Mit seinen wissenschaftlich fundierten Analysen ist er bei den Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft ein gefragter Ratgeber und gern gesehener Gast. In Verantwortung, insbesondere auch für Europa, ist das Wirken von Clemens Fuest geprägt von dem Bewusstsein der Notwendigkeit eines ordnenden Rahmens, aber auch des wettbewerblichen Denkens und eigenverantwortlichen Handelns der Akteure in Staat und Wirtschaft.

Genau dieser Gestaltungswille mit Augenmaß ist es, den es braucht, um die aktuellen Herausforderungen unserer zunehmend digitalen globa-

len Welt meistern zu können, sehr geehrter Herr Professor Fuest. Dass Sie Preisträger für das Jahr 2018 – dem 40. Jahr des Bestehens der Schleyer-Stiftung – und zudem Alumnus der Schleyer-Stiftung sind, freut uns besonders.

Professor Garton Ash setzt sich in seinen Forschungen mit den aktuellen Herausforderungen der freiheitlichen Zivilgesellschaft auseinander. So leistet er – und dies nicht zuletzt mit der digitalen Plattform *„free speech debate“* – einen entscheidenden Beitrag in der „Debatte zur Meinungsfreiheit“. Hierbei fördert und fordert er im Zeitalter von *fake news* und Entgrenzung das eigenverantwortliche Handeln der Bürger, im Streben nach ausgewogener Information. Seine Aufforderung, dabei eine – wie er es nennt – „zivile Robustheit“ zu entwickeln, richtet sich an uns alle. Sie ist ein Plädoyer dafür, sich offen und meinungsstark in Debatten hineinzubegeben und vorurteilsfrei und respektvoll zu diskutieren.

Sehr geehrter Herr Professor Garton Ash, ich bin davon überzeugt, dass es genau diese Offenheit und Ernsthaftigkeit im Austausch braucht, wenn wir Europa weiter voranbringen wollen. Lehrt uns doch auch die Gegenwart, dass dort, wo Führungspersönlichkeiten versäumen, für einen freiheitlichen Gesellschaftsentwurf überzeugend zu werben, Populisten ohne zu zögern bereitstehen.

Meine Damen und Herren, beide Preisträger zeichnet in hohem Maße die Fähigkeit aus, die großen Herausforderungen, denen sich die Zivilgesellschaft aktuell ausgesetzt sieht, mit analytischem Scharfsinn zu erkennen, Handlungsoptionen abzuleiten und diese auch klar zu kommunizieren.

Wie wichtig solche Vorbilder sind, die Verantwortung übernehmen, zeigen auch aktuelle Entwicklungen, die wir teils nur ungläubig verfolgen können.

Mit den Zumutungen einer freien Gesellschaft zu leben und dort, wo ihre Grundsätze aufgeweicht werden, dies zu benennen, ist Anspruch der Schleyer-Stiftung. Sie fördert gezielt den lebendigen Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis sowie den Dialog der Generationen.

In diesem Zusammenhang ein herzlicher Gruß auch an die jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die von ihren Professoren zur Teilnahme an der Preisverleihung vorgeschlagen wurden. Wir freuen uns über Ihr Kommen.

Der unermüdliche Einsatz für Freiheit, Demokratie und Soziale Marktwirtschaft – auch über die Landesgrenzen hinaus – gehört zu den Kernanliegen der Hanns Martin Schleyer-Stiftung. Mehr als vier Jahrzehnte nach Gründung durch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber-

verbände und den Bundesverband der Deutschen Industrie mit Unterstützung weiterer Verbände, Unternehmen und Persönlichkeiten sind die Stärkung eines Bewusstseins für Wettbewerb, Leistung und Kreativität bei der jungen Generation entscheidende Schwerpunkte der Stiftungsarbeit.

Diese Förderschwerpunkte haben nichts an Aktualität verloren. Mit ihrem ambitionierten Programm, das jeweils aktuelle Themen aus den Bereichen der Hochschulentwicklung, der zukünftigen Gestaltung Europas, einer digitalisierten Wirtschaft und vieles andere mehr in großen öffentlichen Symposien oder auch kleineren Kolloquien aufgreift, lässt die Stiftung nachhaltig wirkende Kommunikationsplattformen entstehen.

Ziel ist es dabei immer auch, mit frischen Ideen aus den „Werkstätten" der Wissenschaft anzuregen und Impulse zu setzen. Im Lauf der Jahre ist auf diese Weise ein Netzwerk bestehend aus führenden Persönlichkeiten in Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Kultur und Medien gewachsen, das sich unserem freiheitlichen Gemeinwesen und seiner Unterstützung verpflichtet fühlt.

Ohne die enge Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern wie der Heinz Nixdorf Stiftung, der Heinz und Heide Dürr Stiftung aber auch der Otto Wolff Stiftung, der Robert Bosch Stiftung und der Schlecht-Stiftung sowie ohne das Engagement von Freunden und Förderern, wäre die erfolgreiche Stiftungsarbeit nicht denkbar. Ihnen gebührt deshalb an dieser Stelle ein außerordentlicher Dank.

Zu würdigen, was die beiden Preisträger geleistet haben, obliegt nun zwei herausragenden Laudatoren. Beide haben selbst hohe Verdienste um unser freiheitliches Gemeinwesen erworben. Wir danken Ihnen schon jetzt für Ihre Worte. Madame Goulard, Sie waren Mitglied des Europäischen Parlaments, Verteidigungsministerin von Frankreich und sind jetzt Vizepräsidentin der Banque de France. Eine beeindruckende Karriere! Sie haben nun das Wort.

Vielen Dank.

Laudationes

Sylvie Goulard

Sehr verehrter Bundespräsident,
sehr verehrter Herr Professor Fuest und Familie,
sehr verehrter Herr Schleyer und Familie,
sehr verehrte Ministerin,
sehr verehrter Herr Porth,
sehr verehrte Damen und Herren,

zunächst einmal möchte ich der Hanns Martin Schleyer-Stiftung für die Ehre danken, an der Verleihung dieses renommierten Preises an Professor Clemens Fuest teilnehmen zu dürfen.

Verwunderlich daran ist nicht etwa, dass Clemens Fuest, ein angesehener Ökonom, dem ich die allerhöchste Wertschätzung entgegenbringe, diesen Preis erhält, sondern dass ich seine Laudatio halte. Eine orthodoxe Laudatio erwarten Sie sicherlich nicht.

Ich werde mich daher darauf beschränken, in aller Kürze – sofern dies überhaupt möglich ist – den beachtlichen Werdegang von Professor Fuest darzulegen, der ihn zunächst an die Universität Bochum und die Universität Mannheim brachte, bevor er in Köln promovierte und in München seine Habilitation erhielt. Die Vielfalt der Themenkreise, mit denen Clemens Fuest sich befasst, ergibt sich aus seinen zahlreichen Arbeiten, so befasste er sich in seiner Doktorarbeit mit europäischen Wirtschaftsfragen, während er in seiner Habilitation zu Steuerfragen und Beschäftigung Stellung nahm. Sie wird ferner durch seine aufeinander folgenden Professuren belegt: zunächst an der Universität zu Köln, und dann an der Saïd Business School der Universität Oxford. Anschließend übernahm er die Leitung des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim, bevor er 2016

Präsident des Ifo-Institutes wurde, wo er nach wie vor tätig ist. Gleichzeitig hat er einen Lehrstuhl an der Ludwig-Maximilians-Universität in München inne. Ganz zu schweigen von den unzähligen wissenschaftlichen Beiräten und sonstigen Gremien, denen er angehört.

Ich möchte mich nicht allzu lange mit den Verdiensten von Professor Fuest aufhalten, der die Wirtschaftsdebatten in Deutschland durch seine zahlreichen Beiträge in akademischen Forschungspapieren und Presseartikeln sowie durch Fernsehauftritte seit Jahren prägt. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung zählt ihn jedes Jahr zu den einflussreichsten Experten Deutschlands.

Es wird Sie nicht wundern, wenn ich mich vor allem auf den europäischen Einfluss von Clemens Fuest konzentriere.

Einige seiner Kollegen aus dem Wirtschaftsressort wurden von mir befragt. Ich kann nur bestätigen, welcher Respekt ihm von Akademikern aus ganz Europa entgegengebracht wird. Nicht nur zeichnen sich seine Arbeiten durch große geistige Disziplin aus, Professor Fuest wird auch geschätzt, weil er „zuhören kann", weil er „die anderen verstehen will" und ein „*team player*" ist. Zudem wird er wegen seiner „*Fairness*" geschätzt, einer Form der geistigen Ehrlichkeit, die große Unabhängigkeit voraussetzt. Seit Beginn der Krise tendierten in akademischen Kreisen manche dazu, sich ausgehend von den Positionen, an denen sie sich aktuell befanden, zu äußern – sei es die Staatsangehörigkeit, oder manchmal auch die Parteizugehörigkeit. Dies prägte viele Geister. Clemens Fuest ist zweifellos ein deutscher Ökonom, das ist auch gut so. Zugleich hat er es vermieden, sich nur als solcher zu verstehen. In Podiumsdiskussionen, an denen wir gemeinsam teilnahmen, und in den Papieren, die ich zur Vorbereitung auf diese Rede gelesen habe, war stets dieses Streben nach geistiger Unabhängigkeit und Gründlichkeit zu spüren.

Zur Veranschaulichung greife ich ein heikles Thema heraus: die deutschen Handels- und Zahlungsbilanzüberschüsse. Ich teile die Haltung mancher Partner Deutschlands nicht, die an diese Frage mit vorwurfsvollem Ton, ja Neid herangehen. Umgekehrt halte ich es für wichtig, dass wir in einer Wirtschafts- und Währungsunion sämtliche externen Effekte nationaler Politiken miteinander ansprechen. Clemens Fuest befasst sich mit dem Thema aus einer allzu seltenen Warte: Er verteidigt zwar seine Ideen, er bezweifelt sogar die schädlichen Folgen der Überschüsse, erinnert aber auch daran, dass Deutschland die EU-Verpflichtungen zur Kontrolle makro-ökonomischer Ungleichgewichte einhalten muss[1]. Das mag banal klingen, ist es aber nicht. Gerade dieser ganzheitliche Blick auf ein gemeinsames europäisches Problem zeichnet ihn aus.

Clemens Fuest leistete auch einen konkreten Beitrag dazu, Brücken zwischen den Ländern der Eurozone zu bauen. 2013 wirkte er aktiv an den Arbeiten einer Gruppe deutscher Ökonomen, Politikwissenschaftler und Juristen mit (Glienicker Gruppe). 2018 war er einer von vierzehn Ökonomen (sieben aus Deutschland + sieben aus Frankreich), die ein gemeinsames Papier mit Vorschlägen für die Zukunft der Eurozone erarbeitet haben[2] und dabei um ein schwieriges Gleichgewicht bei Themen wie Haushaltsdisziplin oder Restrukturierung von Staatsschulden bemüht waren. Clemens Fuest war auch Mitglied der von drei EU-Institutionen (Parlament, Rat und Kommission) gegründeten Arbeitsgruppe, die sich unter dem Vorsitz von Mario Monti mit *Own resources* für die EU beschäftigt hat.[3]

Alle diese Studien zeigen die große Ehrlichkeit, darauf zu verweisen, wie dringend der Handlungsbedarf und die Suche nach einem gemeinsamen Weg ist.

Ist das wirklich so wichtig? Ja, das glaube ich schon; denn um Unklarheiten und gegenseitiges Unverständnis auszuräumen, auch zwischen Frankreich und Deutschland, muss man in die Tiefe gehen und sich zu kollektiven Bemühungen zwingen. Trotz unzähliger akademischer Überlegungen und EU-Berichte (*Blue Print, Four Presidents' Report, Five Presidents' Report*) sind wir in der Wirtschafts- und Währungsunion nicht weit genug angekommen, um einer neuen Finanzkrise zu widerstehen.

Woher kommen die Schwierigkeiten? Die ersten Jahre des Euro führten zu einer Zinskonvergenz, aus der man voreilig den Schluss zog, dass die Volkswirtschaften, ebenso wie die Meinungen, sich annähern würden. Planungsfehler wurden übersehen. Hinzu kommt, dass zusätzlich zu den kollektiven Fehlern von manchen Ländern auch Verwaltungsirrtümer begangen wurden.

Tatsächlich zeigte die Krise, dass gewisse politische, vor allem aber kulturelle Divergenzen tief verwurzelt sind. Das abrupte Wiederaufflammen von Vorurteilen und Klischees war auch nicht eben hilfreich, um mit Ruhe und Methodik mit diesen Fehlern umzugehen. Mit der Krise hat sich ein gewisser gegenseitiger Argwohn breitgemacht, der gefährlich ist.

Clemens Fuest hat seine Zweifel mit Blick auf die Fehler bei der Konstruktion des Euro nie verheimlicht. Er stand aber zu seiner Verantwortung. Er wagte auch die Behauptung, dass es kein Zurück mehr gibt, nachdem ein solches Projekt auf den Weg gebracht wurde. Er berücksichtigt auch die Vorteile, die Deutschland aus dem Binnenmarkt und dem Euro erwachsen. Diese Ehrlichkeit, dieser Mut sind begrüßenswert.

Die Gründerväter des Euro haben mit den Zielen und den Analysen

ihrer Zeit gearbeitet. Kanzler Kohl, François Mitterrand und andere, die ich nicht alle zitieren kann, ließen sich von klaren politischen Vorgaben leiten. Es gelang ihnen so, die europäischen Länder aneinander zu binden. Und anstatt immer nur zu sehen, was schief gegangen ist, sollten wir uns darüber freuen, dass unsere Währung äußerst stabil ist und dass dieses Konstrukt, so originell es auch sein mag, der schlimmsten Finanz- und Haushaltskrise seit 1945 standgehalten hat.

Jetzt ist es die Aufgabe unserer Generation, die Arbeit weiterzuentwickeln, die im Geiste der Wegbereiter fortgesetzt werden muss. Diesbezüglich sollten wir die Lage auch nicht zu schwarz malen: Ein Rettungsfonds (der Europäische Stabilitätsmechanismus ESM) ist jetzt vorhanden. Ein alleiniges Aufsichtsgremium für die größten Banken der Eurozone mit Sitz in Frankfurt wurde gegründet, um nur diese beiden Neuheiten der letzten Jahre zu nennen.

Und trotz aller kulturellen Unterschiede und der extremen Strenge der den Bevölkerungen Südeuropas auferlegten Maßnahmen hat kein Land die Eurozone verlassen. Den Eurobarometern der EU-Kommission nach liegt die Unterstützung für die gemeinsame Währung bei weit über 70 Prozent in der EU, sie erreicht sogar 81 Prozent in Deutschland und ist in den letzten Monaten auch in Italien gestiegen.

Nach dieser Krise zeigt die Situation Portugals oder Irlands, aber auch Griechenlands, dass sich das Modell letztendlich durchsetzen konnte. Unter Schmerzen zwar, aber das gemeinsame Haus hat gehalten.

Können wir damit zufrieden sein? Nein.

Erstens erfordern die tiefgreifenden Veränderungen der Welt – vor allem der rasche Technologiewandel und der Klimawandel – mehr Scharfsinn, weniger Selbstgefälligkeit. Die globalen Herausforderungen – und die Suche nach Lösungen – sollten aktuell den Integrationsprozess der Länder Europas viel mehr prägen. Es würde uns allen helfen, öfter über den nationalen Tellerrand zu schauen.

Zweitens haben alle Politiker und Experten, die sich mit Wirtschaft und Währung beschäftigten, eine Verantwortung für die Bürger: Um ähnliche folgenschwere soziale Spannungen in Zukunft zu vermeiden, müssen wir unsere gemeinsamen Überlegungen vertiefen und schnell zu Entscheidungen kommen.

Wenn wir es wirklich ernst meinen, dass wir nicht nur eine gemeinsame Währung, sondern eine „Schicksalsgemeinschaft“ teilen, dann ist die grenzüberschreitende Debatte verbesserungs- und vertiefungswürdig. Das ist natürlich angesichts des zunehmenden Nationalismus und der Kurzsichtigkeit nicht einfach.

Ich werde anhand des Beispiels der Sozialen Marktwirtschaft erklären, warum wir eine grenzüberschreitende Diskussion brauchen, die leider nicht (oder zumindest nicht genug) stattfindet. Und da spielt auch das Wirken von Professor Fuest eine entscheidende Rolle: Clemens Fuest hat letztes Jahr den Preis „Impulsrede zur Sozialen Marktwirtschaft" erhalten. In seinem aus diesem Anlass gehaltenen bemerkenswerten Vortrag „Soziale Marktwirtschaft: Exportschlager oder Auslaufmodell"[4] betont er, dass die „hohe Akzeptanz" des Begriffs in Deutschland vielleicht mit ihrer relativ „vagen" Ausprägung zu tun hat.

Ein Exportschlager ist das Konzept leider nicht, obwohl es in den EU-Verträgen (Art 3.3) eingeführt wurde: „Die Union errichtet einen Binnenmarkt. Sie wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige Soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, [...] hin."

Der Begriff ist leider außerhalb der deutschen Grenzen wenig bekannt. Oft habe ich in gebildeten Kreisen außerhalb Deutschlands den Test gemacht: In den meisten Fällen ist der Name von Ludwig Erhard bekannt und vage mit dem „deutschen Wirtschaftswunder" verbunden. Von Alfred Müller-Armack, Walter Eucken und der Freiburger Schule haben wenige Leute außerhalb Deutschlands (und Österreichs) Ahnung. Der deutsche Ordoliberalismus verkommt leider oft als „Ultraliberalismus" und exzessive Disziplin zur Karikatur. Deswegen fällt es den Bürgern Europas schwer, einen solchen Begriff zu verstehen und zu verinnerlichen. Deshalb wäre es nützlich, breiter zu erklären, wie Professor Fuest dies mit Klarheit tut, dass „die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und die Kontrolle des Wettbewerbs dafür sorgen, dass Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten entsteht".

Leistungsfähigkeit, Wettbewerb in einer digitalisierten Welt, soziale Gerechtigkeit, Unabhängigkeit der Zentralbank sind Themen, die viel diskutiert werden. Wie Clemens Fuest gesagt hat: „Die Bedeutung einer sinnvollen Balance von marktwirtschaftlicher Effizienz und sozialem Ausgleich steht heute stärker im Mittelpunkt wirtschaftspolitischer Debatten als je zuvor". Diese Balance ist entscheidend.

Die Franzosen, die Angst vor den sich selbst überlassenen Marktkräften haben, würden die „Soziale Marktwirtschaft" mehr schätzen, wenn sie genauer wüssten, dass sie „bewusst gesteuert [...] und zwar sozial gesteuert"[5] ist. Das gleiche gilt für Italien oder Spanien, wo die Jugendarbeitslosigkeit nach wie vor sehr hoch ist und die Menschen Schwierigkeiten haben, weiter in die EU zu vertrauen.

Hinzu kommt die Frage, die zumeist stillschweigend übergangen

wird: Haben wir das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ordentlich auf die europäische Ebene übertragen? Sind alle Elemente, die es in Deutschland beinhaltet – und Teil des deutschen Erfolgs sind – auf europäischer Ebene vorhanden? Die Antwort bedarf der nuancierten Betrachtung:

- Der Rechtsrahmen, der das wirtschaftliche Handeln in Freiheit erlaubt, existiert seit dem Anfang der europäischen Integration. Er entwickelte sich von der Montanunion über die Europäische Gemeinschaft, bis hin zur heutigen Rolle der Kommission als Hüterin der Verträge unter der Kontrolle des EuGH.
- Die Wettbewerbspolitik, die in der Theorie der Sozialen Marktwirtschaft eine zentrale Rolle spielt, um die steigende Produktivität dem Verbraucher zugutekommen zu lassen, ist seit Jahrzehnten ein Merkmal der EU; die Kommission verfügt über breite Befugnisse in diesem Bereich. Unter der starken Führung von Margrethe Vestager ist sie aktiv; allen Studien nach, heute sogar aktiver, als die amerikanischen Behörden.
- Die freie Bildung von Preisen sowie der Schutz von Privateigentum sind überall in der EU gewährleistet; die Existenz einer funktionierenden Marktwirtschaft gilt sogar als Beitrittskriterium für neue Mitgliedstaaten.
- Eine von der politischen Macht unabhängige Zentralbank – die EZB – existiert seit Maastricht, mit Sitz in Frankfurt.

Verschiedene Elemente des deutschen Rahmens fehlen aber auf europäischer Ebene.

- Erstens fehlt auf Ebene der Eurozone / der EU eine demokratisch legitimierte, permanente politische Steuerungskraft. Infolgedessen besteht die makro-ökonomische Steuerung aus einer lockeren Koordinierung der nationalen Regierungen, die mehr oder weniger erfolgreich ist, um es diplomatisch zu formulieren. Selbstverständlich muss jede Regierung der Wirtschafts- und Währungsunion „ihr Haus in Ordnung halten“; selbstverständlich muss jeder seine Verantwortung übernehmen. Es bedeutet aber nicht, dass die gemeinsamen Ziele der Sozialen Marktwirtschaft dadurch erhalten werden. Die Unabhängigkeit der Zentralbank ist auch in diesem Zusammenhang etwas Anderes als in einem klassischen staatlichen Rahmen.
- Zweites Element: Die Tarifautonomie ist nicht in allen Ländern Europas vorhanden. Wichtiger noch: Auf EU-Ebene gibt es keine Mitbestimmung in den Unternehmen, die den Arbeitnehmern eine aktivere Rolle zugesteht.
- Drittes Element: Es fehlen die aktiven Sozialpolitiken, die der Staat

unternehmen kann, um zum Beispiel die Einkommensungleichheit, die sich am Markt ergibt, abzubauen. Die Ausbildung, die eine so entscheidende Rolle für junge Menschen in Deutschland und Österreich spielt, ist auch nicht Teil des „Pakets“ der Sozialen Marktwirtschaft auf EU-Ebene.

Der Bundeszentrale für politische Bildung nach ist Teil der Sozialen Marktwirtschaft: „eine aktive Wirtschafts-, Konjunktur- und Steuerpolitik des Staates sowie ein Netz von Sozialleistungen, das z. B. Alte, Kranke, Einkommensschwache oder Arbeitslose vor wirtschaftlicher Not schützt, wenn eine Eigenversorgung nicht möglich ist.“[6]

Es geht nicht darum, dass alle Elemente 1:1 auf EU-Ebene übernommen werden, aber mindestens darum zu verstehen, dass der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ auf dem Weg von Freiburg nach Brüssel ein paar Kernelemente verloren hat.

Der Werner-Bericht, der im Jahre 1970 im Hinblick auf der Schaffung einer gemeinsamen Währung verfasst wurde, war viel gewagter als alles, was heutzutage geschrieben wird. Der Luxemburger schlug damals Kompetenztransfer im Bereich der Wirtschafts- und Haushaltspolitik vor, und hinzu mehr Steuerkonvergenz oder die Verantwortung der gemeinsamen Behörden vor einem Parlament. Er betrachtete die Einbeziehung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber als notwendig, um exzessive Divergenzen zu vermeiden. Im Vergleich sind die heutigen Diskussionen etwas eng und fantasielos.

Muss man sich wundern, dass so viele EU-Bürger heutzutage Argwohn empfinden oder sich vernachlässigt fühlen? Wenn wir von einer „Sozialen Marktwirtschaft“ sprechen, wenn wir behaupten, gemeinsam den Wohlstand mehren zu wollen, dann müssen wir kollektiv liefern: auf nationaler als auch auf EU-Ebene. Wenn in der EU alles, was mit dem Markt verbunden ist, mit Mehrheit entschieden wird, alles, was sozial ist und Steuerpolitik fördern könnte, aber einstimmig entschieden wird – und infolgedessen oft nicht entschieden wird –, sollten wir nicht so erstaunt sein, dass die Skepsis in der Bevölkerung zunimmt.

Schon in einem für die EU-Kommission verfassten Bericht hatte vor zehn Jahren Mario Monti empfohlen, diese schon erwähnte Balance zu verbessern. Um eine dauerhafte Akzeptanz der Marktwirtschaft bei den Bürgern zu gewährleisten, müssen deren legitimen Ängste ernst genommen und bearbeitet werden – vor allem durch eine bessere steuerliche und soziale Konvergenz, dem Bericht nach verbunden mit mehr Liberalisierung. Sonst gefährden wir dadurch nicht nur die Stabilität unserer Währung, son-

dern unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Das Unbehagen liegt auch vielleicht an einer falschen Inanspruchnahme des Subsidiaritätskonzeptes. In einer EU mit quasi 30 Staaten ist zwar Subsidiarität unumgänglich. 500 Millionen Bürger sind nicht zentral zu regieren und sollten es auch nicht werden.

Die Verteilung der Kompetenzen (Zuordnung der Aufgaben) ist aber alles andere als optimal. In vielen Bereichen, wo eine gemeinsame europäische Handlung notwendig wäre, agieren wir immer noch national: Dies geschieht auf den Feldern der traditionellen Sicherheit wie der Diplomatie, aber auch was *Cybersecurity* oder Klimawandel angeht, könnten wir gemeinsam besser ausgerüstet und wirksamer sein. Wir behaupten souverän zu sein und können nicht einmal einen wichtigen Vertrag mit dem Iran über die Verbreitung von Nuklearwaffen am Leben erhalten, weil die USA unilateral Sanktionen beschlossen haben. Die Stärkung der internationalen Rolle der EU würde unsere strategische Unabhängigkeit verbessern.

So wird die Subsidiarität weniger bedacht als benützt – und ab und zu sogar instrumentalisiert. Bürgernähe ist schön. Ich fürchte aber, dass in manchen Fällen der Begriff ein politisch korrekter Avatar des Nationalismus werden könnte. Man verschanzt sich hinter der Subsidiarität, um guten Gewissens nichts Europäisches zu unternehmen und gleichzeitig Rentensituationen auf nationaler Ebene zu konsolidieren. Egal ob der Preis, der zu zahlen ist, konkret weniger Sicherheit und zum Beispiel mehr *Money Laundering* bedeutet oder weniger weltweiten Einfluss.

In dieser Hinsicht haben wir es noch nicht einmal geschafft, eine solide Brücke zwischen Deutschen und Franzosen zu bauen. Für ein an eine Kompetenzverteilung auf mehreren Zuständigkeitsebenen gewöhntes Land wie Deutschland ist die Inanspruchnahme der Subsidiarität und einer *multi level governance* natürlicher als für einen stark zentralisierten Staat. In Frankreich ist die Gleichheit der Bürger – egal, wo sie auf dem Staatsgebiet leben – seit 1789 der zentrale Wert der Politik: In den Schulen wird der gleiche Stoff in Marseille und Lille gelehrt und der Mindestlohn ist im ganzen Land der gleiche für alle. Tocqueville schrieb in „*L'Ancien Régime et la révolution*", dass Frankreich „*une nation affolée d'égalité*" sei, also eine Nation, die angesichts der *Egalité* schnell in Panik gerät. Ich fürchte, es gilt immer noch. Nun aber ist dieser Ansatz kaum mit der Subsidiarität vereinbar, die besagt, dass aus örtlichen Entscheidungen deutliche Unterschiede resultieren können.

So mancher in Deutschland fürchtet, dass alle Europäer nur auf „Transfers" von deutschem Geld spekulieren. Das stimmt meines Erachtens nicht. Es geht alles sehr viel tiefer und ist sehr viel grundsätzlicher.

Solche Meinungsverschiedenheiten zu bearbeiten, wie es Clemens Fuest oft mit seinen Artikeln tut, ist entscheidend. Sein Papier "*What a feeling? How to promote European Identity?*"[7] ist in dieser Hinsicht besonders wertvoll. Es beinhaltet konkrete Vorschläge für die persönliche Teilnahme der Bürger an dem europäischen Werk und z. B. für eine bessere grenzüberschreitende Information.

In dem Zusammenhang sind seine geistige Disziplin und seine Fähigkeit, neue Ideen zu vermitteln, äußerst wertvoll. Wir werden es nur schaffen, ein Zugehörigkeitsgefühl, ein „Wir-Gefühl" – eines meiner Lieblingsworte auf deutsch – zu erreichen, wenn sich Menschen aus Fleisch und Blut bemühen, mit Partnern über Lösungen nachzudenken, die keine Behauptungen eigener Sicherheiten sind, sondern ein echter Kompromiss zwischen unterschiedlichen Sichtweisen. Und hierfür steht Clemens Fuest in seinem Wirken.

Wir dürfen nicht vergessen, dass die Gründerväter nicht nur an den Frieden in Europa dachten. Ich bin mir dessen bewusst, dass man in Deutschland, wie Helmut Schmidt es gesagt hatte, Menschen, die von „Visionen" sprechen, gerne zum Arzt schickt. Aber wir müssen dem gemeinsamen Vorgehen wieder einen Sinn geben. Als Beispiel nenne ich hier die neue Herausforderung des Umgangs mit Daten: Das Plündern personenbezogener Daten, sowohl zu Kontroll- als auch Bereicherungszwecken, dürfen wir nicht akzeptieren. Europa ist weder ein Business-Modell im amerikanischen Sinn noch eine autoritäre Gesellschaft im chinesischen Stil.

Der Brand von Notre-Dame am 15. April hat uns daran erinnert, dass Europa mehr ist als Verträge und Institutionen, so wichtig sie sein mögen. Entscheidend ist der Geist. Und die Kunst spielt in den Emotionen eine größere Rolle, als wir oft denken. Wichtig ist die Geschichte, sie ist vom Christentum und der Aufklärung geprägt. An jenem Abend des Brandes in Paris erhielt ich ein knappes Dutzend Botschaften aus aller Welt, vor allem aber aus Europa, von europäischen Freunden, die sich persönlich betroffen fühlten.

Da musste ich an eine Rede von Paul-Henri Spaak am 18. September 1954 vor dem Europarat in Straßburg denken. Sie fiel mir ein wegen der Bezugnahme auf die Kathedralen. Ich werde einen Auszug daraus vorlesen. Sein Text ist großartig, um über Krieg und Frieden nachzudenken.

„(...) Wenn Sie genug haben von Ihren Erinnerungen an die vielen Schlachten, fordere ich Sie auf, (...) endlich einzusehen, dass es in Europa noch etwas anderes gibt als auf leichenübersäten Feldern ausgebreitete Fahnen, dass es Kathedralen gibt, die sich demselben Himmel entgegenrecken und denselben Gott anrufen. Es gibt Völker, die arbeiten und leiden, die dieselben Interessen haben und leidenschaftlich nach Frieden und verdientem Wohlstand streben. Es gibt Descartes und Goethe, Kant und Pasteur, es gibt Beethoven (...).
Merken Sie nicht, dass wir Menschen desselben Kulturkreises sind, dass wir unabhängig von unseren persönlichen und philosophischen Anschauungen derselben christlichen Zivilisation angehören, und wenn wir dereinst alle tot sind und sich niemand mehr an uns erinnert, wird man doch wissen, dass wir im Schulterschluss zusammengestanden haben.
Heute haben Ihre legendären deutsch-französischen weltlichen Streitereien angesichts eines sehr viel größeren Konfliktes ihre Bedeutung eingebüßt, in dem, und es tut mir leid, Ihnen das sagen zu müssen, Franzosen und Deutsche auf der gleichen Seite stehen, einem Konflikt, der den Osten gegen den Westen stellt, einem Konflikt, in dem es nicht mehr darum geht, ein Territorium zu verteidigen, sondern um große Ideen, eine gemeinsame Zivilisation, gemeinsame moralische und politische Wertvorstellungen und die Achtung vor dem Menschen."

Seine Rede war mit dem kalten Krieg verbunden. Die Botschaft der Werte und der Gemeinsamkeiten hat aber noch immer Bestand!

Heute hat mir die Hanns Martin Schleyer-Stiftung ein schönes Geschenk gemacht. Denn in persönlicher Hinsicht habe ich mich immer eins gefühlt mit den Deutschen guten Willens, auf der Seite der Demokratie und des Rechtsstaates, die ab 1949 von der Bundesrepublik so vorbildlich konsolidiert wurden. In wissenschaftlicher und akademischer Hinsicht fühle ich mich auf der Seite engagierter, gebildeter Europäer wie Clemens Fuest einer ist. Er erhält den Preis „für die Festigung und Förderung der Grundlagen eines freiheitlichen Gemeinwesens", so die Preisformel, wir haben noch viel zu tun.

Danke, Clemens, für alles, was Sie schon geleistet haben. Wir machen weiter.

1. https://www.cesifo-group.de/DocDL/EconPol_Policy_Report_02_2017_German_Account_Surplus.pdf
2. Reconcilling risk sharing with market discpline : a constructive approach to euro area reform, CEPR Policy Insight n° 91)
3. https://ec.europa.eu/info/about-european-commission/eu-budget/how-it-works/long-term-planning/future-long-term-budget/high-level-group-own-resources_en
4. Wirtschaftspolitischer Club Deutschland e. V, 11. September 2018
5. Müller-Armack, von Fuest zitiert
6. https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20642/soziale-marktwirtschaft
7. Econpol, 09 2018 mit Sarah Ciaglia und Friedrich Heinemann

Joachim Gauck

Frau Ministerin,
sehr geehrter Herr Porth,
liebe Mit-Laudatorin Sylvie Goulard,
liebe Preisträger,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich danke der Hanns Martin Schleyer-Stiftung dafür, dass Sie uns alle heute aus einem sehr guten Grund zusammengeführt hat: Wir ehren zwei unabhängige Geister.

Ich darf heute die Laudatio auf einen Mann halten, der die Zahl seiner Auszeichnungen sicherlich nicht spontan überblicken kann. Ich finde es aber gut und richtig, dass Timothy Garton Ash heute ein weiterer Preis verliehen wird, der „Hanns Martin Schleyer-Preis für hervorragende Verdienste um die Festigung und Förderung eines freiheitlichen Gemeinwesens". Und ich möchte diese Einschätzung recht persönlich begründen. Ich werde dabei nicht das eindrückliche wissenschaftliche Werk des Preisträgers umfassend einordnen. Das ist vielfach geschehen und es gibt dafür berufenere Zeugen als mich. Ich halte heute auch keine Rede über das Thema, das Sie, Timothy, derzeit am meisten bewegt: die Zukunft des Vereinigten Königreichs im Verhältnis zur Europäischen Union.

Ich beginne aber mit einer Äußerung von Ihnen von vor einigen Wochen, die ich uns allen in all dem unübersichtlichen und traurigen Chaos zur Stärkung vor Augen rufen will.

„Ich kann im Brexit nichts Positives erkennen. Es gibt aber einen positiven Aspekt für die Briten. Wir haben endlich, um fünf nach zwölf,

verstanden, was uns verloren zu gehen droht. Die proeuropäische Bewegung wächst. Das ist ein Silberstreifen am Horizont."

Ich habe Sie zitiert, weil wir jeden Silberstreifen am Horizont brauchen – aber auch, weil ich (Stichwort „5 nach 12") darauf eingehen will, dass Sie uns in der Vergangenheit zu bestimmten Zeitpunkten auf etwas hingewiesen oder zu etwas gemahnt haben, als die meisten die Zeit dafür noch nicht gekommen sahen.

Manchmal, so wurde es empfunden, waren das Mahnungen zur Unzeit. Oder sagen wir es genauer, Meinungen, die von Zeitgenossen als unzeitgemäß empfunden wurden.

Und genau dafür will ich Sie heute loben, – und auch für etwas, was auf den ersten Blick negativ klingen mag. Es ist aber positiv gemeint, wenn ich sage: Timothy Garton Ash stört.

Er stört unsere Ruhe. Ganz allgemein die Ruhe bestimmter Gewissheiten, aber im Besonderen stört er unsere Ruhe dann, wenn wir meinen, eine Sache sei ein für allemal geklärt. Besonders unangenehm kann eine solche Ruhestörung dann sein, wenn wir eines Tages feststellen, dass tatsächlich Dinge in Bewegung geraten sind und wir stehen geblieben sind bei dem, was wir einst für richtig erkannten.

Timothy Garton Ash hat genau das immer wieder getan: Uns frühzeitig vor Augen geführt, dass „ein jegliches seine Zeit hat", was eben auch bedeuten kann: Etwas, das gestern richtig war, kann heute schlicht falsch sein.

Und immer wieder hat er uns dabei auf wichtige Veränderungen hingewiesen, oft auf ärgerliche, schmerzhafte, aber existierende Veränderungen. Diese Hinweise dürfen wir durchaus als nichts anderes als Ruhestörung betrachten, allerdings nötige Ruhestörung, und dafür will ich Timothy Garton Ash heute danken.

An dieser Stelle möchte ich ein kleines Detail seiner europäischen Biografie in den Blick nehmen. Ende der 70er Jahre kommt Timothy Garton Ash nach Berlin, an die Freie Universität. Er arbeitet über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Für damalige Zeiten äußerst ungewöhnlich und gewiss in Ost und West eher skeptisch beäugt, findet er Wege auch an die Humboldt-Universität und lebt ab 1980 für neun Monate in der „Hauptstadt der DDR".

Schon allein das wird manche akademische Ruhe gestört haben. Auch im Westen, denn man hatte ja sein Urteil über die DDR gebildet, sie war nun mal ein Ergebnis des Hitler-Faschismus und des Kalten Krieges, und man hatte sich nolens volens damit abgefunden, dass sie existiere. Man musste allerdings nicht hinfahren oder gar mit normalen Menschen sprechen.

Das, was Ash, der ja über Widerstand im Nationalsozialismus forschen wollte, darüber hinaus als eine seiner Erkenntnisse dieser Reisen in die DDR beschreibt, war für den akademischen Mainstream der Bundesrepublik zu dieser Zeit eine Provokation: Dass nämlich, ich zitiere, „jenseits der Berliner Mauer im kommunistisch beherrschten Ostdeutschland lebendige Menschen mit demselben Dilemma zwischen Widerstand und Kollaboration zu kämpfen haben. Also schrieb ich statt einer Doktorarbeit über Berlin unter Hitler ein Buch über Berlin unter Honecker. In der Folge beschäftigte ich mich mit Dissidenten im kommunistisch regierten Mitteleuropa und begleitete sie auf ihrem steinigen Weg zur Befreiung“

Ein unzeitgemäßer Ansatz! Das Ernstnehmen der Menschen im Herrschaftsbereich eines menschenfeindlichen Kommunismus war zu dieser Zeit im Westen weitgehend außer Mode gekommen. Sie wurden nicht als Individuen, sondern häufig als Masse wahrgenommen, die der Herrschaftslogik der Kommunisten vollständig unterworfen waren.

Der Verweis etwa auf Menschenrechtsverletzungen – Ash spricht ja bewusst von „lebendigen Menschen“ – galt ab einem bestimmten Zeitpunkt im Westen als altmodisch, als gefährlich für Stabilität und Frieden, „kalte Krieger“ taten derartiges, „fortschrittliche“ Menschen nicht.

War es notwendig und fortschrittlich, Unterdrückte in Nicaragua und Südafrika solidarisch zu unterstützen, über Unterdrückung und Unrecht der eigenen Landsleute im Osten Deutschlands oder gar in Polen oder der Sowjetunion sollte lieber nicht gesprochen werden, um die „Stabilität“ des Friedens in Europa nicht zu gefährden. Timothy Garton Ash tat es trotzdem. Er erkannte: Wer politische Entscheidungen allein aus der Logik der Mächtigen trifft, wer denkt, die Lage in einem Land einschätzen zu können, nachdem er doch mit den Regierenden gesprochen hat (die nie gewählt wurden), aber nie mit den Regierten, übersieht vieles und begeht schwere Fehler. Und hier sind wir bei einem der Punkte, an dem Timothy etwas, das einst seine Funktion und seinen Sinn gehabt hatte, als später überkommen und falsch entlarvte.

Ich spreche hier von der Deutschland- oder Ostpolitik: Nach fast zwei Jahrzehnten der Sprachlosigkeiten zwischen Bonn und Ost-Berlin öffnete die neue Ostpolitik unter Willy Brandt und Walter Scheel ab 1966/1969 Türen, die zu lange verschlossen waren.

Ein hoch innovativer Ansatz („Wandel durch Annäherung“) fand international Anerkennung, machte die Mauer durchlässiger und den Frieden sicherer. Er brachte die DDR unter Zugzwang (KSZE) und machte das Leben vieler Menschen ein bisschen besser. Vision und Pragmatismus kamen in einer Weise zusammen, die den Friedensnobelpreis für Willy Brandt

fast logisch machten.

Ich hörte damals als junger Pastor in der DDR über die Westmedien über die Ostpolitik und war mir sicher: „Es ist gut und richtig, dass die Mächtigen miteinander reden. Wie gut, dass Willy Brandt das möglich gemacht hat.“ Und tatsächlich brauchte es erst einmal offizielle Kontakte zwischen Ost und West. Es brauchte Verträge und Passagierscheinabkommen, die eben nur zwischen Regierenden ausgehandelt werden können, nicht zwischen Bürgergruppen. Das, was auch ich als richtig empfand, war also richtig. Aber eben nur eine bestimmte Zeit lang.

Als dann etwa in Polen ab Ende der 70er Jahre die Menschen Schritt für Schritt begannen, gegen die kommunistische Herrschaft aufzubegehren, als sich in der DDR Umwelt- und Friedensgruppen in Opposition gegen die SED gründeten, hatte sich die erfolgreiche Bonner Ostpolitik und ihre Sicht auf den Osten teilweise überholt. Es war eben nicht so, dass das Machtgefüge des Kommunismus unerschütterlich war, dass nur der Dialog mit der Macht wichtig war. Ein innovatives Konzept wurde konservativ, alt und fast reaktionär, weil es auch Appeasement bedeutete.

Der Westen ignorierte, was sich in den Gesellschaften im Osten tat. Er bespöttelte die frommen polnischen Arbeiter, die ihre Hoffnungen auf den Papst richteten oder die bärtigen Oppositionellen in der DDR. Konnten die naiven Polen etwa nicht verstehen, dass ihr Aufbegehren gefährliche Folgen für die Ruhe in Europa haben könnte? Sollten sie nicht Geduld haben, statt Forderungen zu stellen, die zwar irgendwie berechtigt, aber für die der Zeitpunkt doch gerade ungünstig war? War es nicht sinnvoller, dass der Westen weiter allein mit den Herrschenden spricht, statt die Träumer auf den Werften in Danzig ernstzunehmen?

Timothy Garton Ash erkannte diese Neigung im Westen ganz klar. Er notierte 1985 in einem Aufsatz: „Solidarnosc erscheint ungelegen und als Gefahr.“ Aber er selbst folgte dieser Herrschaftslogik nie. Er wusste eben von den „lebendigen Menschen“ im Osten, denn er war gereist, nicht nur nach Polen, auch in die Tschechoslowakei, nach Ungarn und in die DDR.

Immer wieder und nicht auf roten Teppichen. Sondern er spricht mit Studenten, mit Marktverkäufern und Postboten. Er recherchiert und schreibt also, auch über Menschenrechtsverletzungen in den kommunistisch beherrschten Ländern. Er sieht, hört und spürt mehr, als die Experten im Westen, die sich von den Herrschern im Osten doch recht häufig abspeisen lassen mit Floskeln, mit gefälschten Statistiken oder anderen Potemkin’schen Dörfern. „Was immer sich in Polen während der nächsten Jahre entwickeln wird“, so schreibt er 1983, „es wird sich von allem bisher Dagewesenen unterscheiden. Auch wenn die Polizei auf den Straßen regiert,

dieses Land kann nicht „normalisiert“ – das heißt, den sowjetischen [...] Normen wieder angepasst werden. Auch wenn das kommunistische System äußerlich erhalten bleibt, im Inneren wird es immer weiter demoliert werden.“

Und über die Tschechoslowakei, in dessen Hauptstadt 5 Jahre später Hans-Dietrich Genscher auf dem Balkon der bundesdeutschen Botschaft stehen wird, schrieb unser heutiger Preisträger 1984: „Die Politik des Landes ist bis zur Unbeweglichkeit eingefroren [....]. Aber unter dem Eis [....], da sind die Dinge in Bewegung.“ Während man im Westen auf das Eis an der Oberfläche starrte, schaute unser Ash unter die Oberflächen und mithin den lebendigen Menschen Ost- und Mitteleuropas ins Gesicht. Einer von ihnen, ein häufiger Gesprächspartner Ashs, war Vaclav Havel.

Timothy Garton Ash ist kein Hellseher, der den Fall des Kommunismus prophezeien konnte. Aber er sah mehr, er sah früher und er sah empathischer, welche Risse in den kommunistischen Eisblöcken entstanden. Dass dies in der Bundesrepublik als naiv und überdies als eher unpassend empfunden wurde, steht fest. Ich glaube aber auch nicht, dass man in Großbritannien derartige Konfrontationen mit der Wirklichkeit mochte, die letztlich Fragen zur Nachkriegsordnung auf die Tagesordnung bringen mussten. Auch hier hat Timothy Unruhe gestiftet. Mochte die offizielle Politik der lieben Stabilität wegen sich an die kommunistische *high society* halten, so wollte er die Machtlosen wahrnehmen, wollte den lebendigen Menschen im Osten Europas eine Stimme geben. Das gehört für mich zu den besonders eindrücklichen Verdiensten unseres Preisträgers.

Auch heute hören wir übrigens immer wieder, dass man doch bitte Rücksicht auf „Stabilität“ nehmen möge, statt etwa Menschenrechtsverletzungen in diesem oder jenen Land anzusprechen. Zwar sei ja manches wünschenswert, aber das solle doch bitte nicht jetzt, nicht heute oder ausgerechnet in dieser Lage angesprochen werden.

Nur so viel: Wer sich darauf einlässt, Menschenrechtsverletzungen zu bagatellisieren, übersieht gefährlich Vieles. Wenn wir aus realpolitischen Gründen schon nicht die Fähigkeit haben, Diktatoren zu stürzen und Unrecht zu beseitigen, so sollten wir doch zumindest die Unterdrückten nicht um Geduld und Ruhe bitten. Sondern ihre Anliegen benennen, für sie eintreten, immer dann, wenn sie selbst dies nicht tun können. Daran erinnern die von der Aufklärung geleiteten Ruhestörer. Und wenn Garton Ash wie 2018 in Berlin und anderswo nach dem Zustand der liberalen Demokratie fragt und feststellt, dass ausgerechnet im freiheitsliebenden Polen und in Ungarn heute illiberales Denken Staatspolitik geworden ist, dann beklagt er nicht nur die dortige Entwicklung, sondern auch Fehler des liberalen Westens.

Er befürchtet gar, dass eine lange, sehr lange „Zeit der Unfreiheit“ drohe. Zu den Fehlern westlicher Liberaler zählt er, dass allzu oft der liberale Geist nur auf „technokratischen Individualismus“ abgezielt habe. Angesichts des enormen Wandels in der Moderne fehle den Menschen aber Heimat und Zugehörigkeit. Menschen, die so empfänden, helfe es wenig, wenn fortschrittliche Eliten ihren Fokus auf diskriminierte Minderheiten richteten.

Ich teile die Problembeschreibung und noch mehr stimme ich ihm zu mit der von ihm oft vertretenen Auffassung, dass die Demokratie per definitionem liberale Demokratie sei.

Es existiert für mich noch ein weiterer Impuls Ashs, der mich verunsicherte und mein Denken modifizierte. Das betrifft Europa und das *ever-closer-Union*-Ideal. Als Bundespräsident habe ich 2013 eine Rede zu Europa gehalten. Allzu große Kritik an Idee und Praxis des europäischen Einigungswerkes erschien mir kleingeistig. „Wir brauchen Bannerträger, keine Bedenkenträger“ sagte ich damals, 2013, überzeugt. Müsste ein überzeugter Europäer wie Timothy nicht begeistert zustimmen? Ich glaube: Sollte er die Formulierung damals wahrgenommen haben, wird er sie für kritikwürdig empfunden haben. Ich sehe sie heute auch etwas kritisch. Warum? Nicht, weil ich wegen Kritik an Gurkenverordnungen gleich die Idee des europäischen Vereinigungswerkes für falsch halte. Sondern, weil ich gelernt habe: „Es reicht nicht, wenn die Bannerträger vorneweggehen und sagen: Wir brauchen keine Bedenkenträger.“

Bedenken allein werden uns natürlich nicht weiterbringen, aber das grundsätzliche Ignorieren von Bedenken, das Abspeisen derer, die Bedenken haben, am besten noch gepaart mit der überzeugten Arroganz eines Bannerträgers für das Edle und Gute: All das kann Europa keinen Segen bringen.

Zu viele Menschen würden sich zurückgelassen fühlen, unberücksichtigt und geringgeschätzt von den angeblich arroganten pro-europäischen Eliten. Die Sorgen, ja, Bedenken, von Bevölkerungsgruppen, die die Praxis der EU für kritikwürdig halten oder auch von Gesellschaften oder Staaten, die obwohl Mitglied der EU, andere Fragen und Bedenken vortragen als es uns opportun erscheinen mag – all das können wir nicht wegwischen mit dem Hinweis auf die Großartigkeit Europas, die keine Bedenkenträger braucht.

Timothy Garton Ash, ein echter Herzenseuropäer, hat Bedenken immer Raum gegeben. Nicht um ihnen immer zu folgen. Aber, so sagte er es bei der Karlspreisverleihung, weil es sein Job als Wissenschaftler sei, „auf die Schwachstellen hinzuweisen, die nationalistische Populisten ausnut-

zen.“ Etwa, dass „die meisten Europäer“ nicht das Gefühl haben, „dass sie in Brüssel direkt vertreten werden und ihre Stimme dort Gehör findet.“

Wiederum geht es hier um den Zeitpunkt: Es hat seine Zeit, den historischen Wert Europas auszumalen und dieses historische Glück zu feiern. Aber dabei dürfen wir nicht stehenbleiben. Konkreten Schwachstellen und Bedenken, wie jene, die Ash beschreibt, hätten wir Freunde Europas früher Aufmerksamkeit schenken sollen.

Ich schaue unseren Preisträger an und frage mich: Hätten wir den Brexit vielleicht verhindern können, wenn wir Bedenken nicht von vornherein für illegitim erklärt hätten?

Natürlich sind nicht wirklich die Europäer die Verursacher dessen, was Timothy Garton Ash einen „nationalen Nervenzusammenbruch“ seiner Briten nennt. Aber wir können Schaden in der Zukunft begrenzen, wenn wir auf Bedenken eingehen und dafür notfalls auch das Tempo reduzieren, statt immer schneller und immer weiter vorwärts zu eilen, weil wir so überzeugt sind, doch das einzig Richtige zu tun. Ich bin dann in meiner letzten Rede als Bundespräsident zu Europa in eine andere Tonlage (und Meinung) gekommen und habe den Wunsch nach „zielwahrender Entschleunigung“ formuliert.

Das Ziel des heutigen Preisträgers und seines Laudators bleibt klar: Europa ist zu beschützen, zu festigen, und es ist unbedingt nötig, mehr Menschen als bisher für dieses Projekt zu gewinnen.

Einen letzten Punkt, an dem der Preisträger unsere Ruhe stört, möchte ich ansprechen und loben. Ich glaube, hier sind wir noch mitten im Prozess des Gestörtwerdens und des Aufwachens. Ich meine Timothy Garton Ashs Empfehlung, unsere öffentlichen Debatten mit einer „Mischung aus Offenheit und robuster Zivilität“ zu führen. Er will, dass sich unsere Zivilität auf die Sorgen und Überzeugungen anderer beziehen kann – und dass wir „die freie Äußerung beziehungsweise Verwirklichung von Überzeugungen, Werten und Lebensstilen, die wir für grundsätzlich falsch halten“, anhören, statt sie sogleich für diskursunwürdig zu erklären – aber dann auch robust unsere eigene Meinung vertreten. Ich glaube, da sind wir noch lange nicht angekommen.

Meiden wir nicht eher unbequeme Gegenhaltungen, indem wir eher in unseren Milieus verbleiben und Gegenpositionen sehr schnell jede Legitimität absprechen?

Garton Ash mahnt uns: „Das Ziel besteht nicht darin, dass wir über alles einig sind (Gott behüte!), sondern dass wir uns darüber einigen, wie wir miteinander streiten.“

Er fordert uns also dazu auf, die Gewissheiten unserer Gruppen zu

verlassen. Vielleicht auch die unserer Länder. Er fordert uns auf, offen zu sein für Debatten mit Meinungen, die nun wirklich ganz andere sind als unsere. Er fordert uns auf, ein Argument nicht schon deshalb abzulehnen, weil der Falsche es vorträgt (oder gar twittert). Er verlangt von uns, unsere Komfortzonen *gleich zweimal* zu verlassen: *Einmal*, wenn wir denjenigen aussprechen lassen, dessen Meinung uns gestrig erscheint, altmodisch, vielleicht unästhetisch. Wenn wir es für möglich halten, dass jemand, der nicht unsere kulturellen Codes nutzt, doch Recht haben könnte. Wenn wir seine Meinung solange ertragen, so lange sie auf dem Boden unseres Grundgesetztes steht.

So lange nämlich ist sie legitim.

Und zu *einer zweiten Unbequemlichkeit* fordert uns Ash mit seiner Formulierung von „Offenheit und robuster Zivilität" auf: Nämlich, dass wir gegen diese vom Anderen vorgetragene Meinung notfalls auch robust an-argumentieren sollen. Das ist viel schwerer, als dabei zu bleiben, mit den Gleichgesinnten zu sprechen. Die uns nie herausfordern oder unsere Argumente auf die Probe stellen. Auch mir persönlich fällt das schwer und ich verstehe jeden, der es schrecklich unbequem findet, diesen robusten Dialog zu führen. Timothy Garton Ash ist aber zuzustimmen: Wenn es um den Wert von Freiheit geht, um Europa, um die offene Gesellschaft, dann sind unsere Argumente nun wirklich stark genug, um Gegenargumente zuzulassen, statt sie sofort zu verdammen. Und sie sind stark genug, um Gegenargumente robust zu widerlegen. Deshalb heißt eines seiner „10 Prinzipien für die Redefreiheit" so: „Wir sprechen offen und mit robuster Zivilität über alle Arten von Unterschieden zwischen Menschen."

Wenn wir nachher diesen feierlichen Rahmen verlassen, den uns die Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung dankenswerter Weise ermöglicht, dann könnte die Botschaft aus Timothy Garton Ashs bisherigem Wirken an uns alle sein: Verlasst Euch nicht darauf, dass etwas, dass ihr einmal für richtig erkannt habt, für immer richtig bleiben muss.

Willy Brandt, dessen Ostpolitik ich ansprach, hat das kurz vor dem Ende seines Lebens übrigens selber beschrieben, in einer zeitlosen Erkenntnis: „Nichts kommt von selbst und nur wenig ist von Dauer. Daher besinnt Euch (....) darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll."

Ich bin überzeugt, dass Timothy Garton Ash in diesem Sinne aktiv ist. Er wird es bleiben. Und: Wer seine Arbeiten wahrnimmt, wird nicht erst um 5 nach 12 aufwachen. Deshalb verdient er den heutigen Preis. Und ich gratuliere ihm von ganzem Herzen.

Grußwort und Preisverleihung

Nicole Hoffmeister-Kraut

Sehr geehrter Herr Porth,
sehr geehrte Frau Goulard,
sehr geehrter Herr Bundespräsident Gauck,
sehr geehrter Professor Fuest, sehr geehrter Professor Garton Ash,
sehr geehrte Repräsentanten des öffentlichen Lebens,
sehr geehrte Angehörige der Familie Schleyer,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

der offizielle Text zur Verleihung des Hanns Martin Schleyer-Preises seitens der Schleyer-Stiftung beginnt mit den Worten: „Freiheit, Demokratie und Soziale Marktwirtschaft sind nicht selbstverständlich". Wie wahr ist dieser Satz, auch heute in unserer Zeit.

Im Jahr 1984 wurde der Preis zum ersten Mal an den großen liberalen Ökonomen und Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek verliehen. Damals war der Terror der sogenannten „Roten Armee Fraktion" noch sehr akut und der „Eiserne Vorhang" noch lange nicht überwunden. Heute sind Freiheit, Demokratie und Soziale Marktwirtschaft auf andere Weise bedroht. Global befinden sich liberale Demokratien eher auf dem Rückzug als im Aufschwung. Autoritäre Regime gewinnen an Boden. Protektionismus wird wieder salonfähig und die Gegner der offenen Gesellschaft nehmen auch im Westen immer mehr zu.

Der Hanns Martin Schleyer-Preis ist den Grundlagen eines freiheitlichen Gemeinwesens verpflichtet. Er ist gerade heute wichtiger denn je.

Woher kommt diese neuerliche Entwicklung hin zur Abschottung, hin zu einer Sicherheit, die man nur im Nationalen und im Autoritären zu finden meint? Oder anders gefragt: Was sind die Bedingungen politischer Liberalität und eines gedeihlichen Zusammenlebens freier Bürgerinnen

und Bürger? Darüber hat sich schon vor über 200 Jahren der Schwabe Friedrich Schiller in seinen ästhetischen Briefen den Kopf zerbrochen. Und Bundespräsident Theodor Heuss, der seinen Schiller sicher gut kannte, meinte hierzu: „Die äußere Freiheit der Vielen lebt von der inneren Freiheit der Einzelnen." Dies will uns vor allem sagen, Freiheit ist niemals völlig und ein für alle Mal gesichert. Sie will geübt sein und man muss sie sich nehmen – im Denken, im Reden und im Tun. Auf ihren je ganz unterschiedlichen Feldern haben sich unsere beiden Preisträger diese Freiheit immer genommen: als Wissenschaftler und Publizisten, als markante Stimmen in einem gesellschaftlichen Diskurs, der solcher freien Geister mehr denn je bedarf.

Sie, verehrter Herr Professor Fuest, haben es schon in jungen Jahren weit gebracht, so etwa zum Professor an der Universität Oxford und Forschungsdirektor des dortigen *Center of Business Succession*. Dann folgte der Ruf nach Mannheim in Baden-Württemberg: Sie wurden Präsident des Zentrums für europäische Wirtschaftsforschung. Wir hätten Sie dort liebend gern behalten, das darf ich Ihnen zurufen. Aber das Angebot aus Bayern, vom Münchner ifo-Institut, als Nachfolger von Hans Werner Sinn, der hier heute auch anwesend ist, war offensichtlich zu verlockend und eine erneute Wertschätzung Ihres Tuns. Schon lange sind sie Mitglied des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Finanzen, auch schon in jungen Jahren als dessen Vorsitzender sowie im renommierten Kronberger Kreis. Sie gehören mittlerweile zur Crème de la Crème der nationalen und internationalen Ökonomenzunft. Sie sind als Politikberater ebenso gefragt wie als Experte und Kommentator in den Medien. Und wenn ich es so sagen darf, ich schätze ihre Expertise sehr und möchte Sie zu Ihrer heutigen Auszeichnung recht herzlich beglückwünschen.

Während Oxford im Werdegang von Clemens Fuest eine wichtige Station darstellte, ist diese ehrwürdige Stadt mit ihrer berühmten Alma Mater für Sie, sehr geehrter Herr Professor Garton Ash, zu einer beruflichen und vor allem auch geistigen Heimat geworden. Als Ort der Liberalität, an dem man es aus Tradition gewohnt ist, weit zu denken und frei zu sprechen. Lord Dahrendorf war dort Rektor des *St Antony's College*. Sie leiten dort heute das nach ihm benannte „*Program for the Study of Freedom*". Übrigens war der junge Ralf Dahrendorf Professor in Konstanz und immerhin für kurze Zeit sogar Abgeordneter des Landtags von Baden-Württemberg und er blieb Baden-Württemberg sein Leben lang eng verbunden.

Verehrter Herr Professor Garton Ash, als europäischer Engländer und englischer Europäer sind Sie dieser Tage ein gefragter Mann. Auf der steten Suche nach Wahrheit bedeuten Ihnen Freiheit und Toleranz, Gemeinschaft

und Solidarität viel, um nicht zu sagen, alles. Oxford ist nicht nur *very british*, es ist auch ein durch und durch europäischer Ort. Ein Ort, an dem europäische Werte hochgehalten werden, vielleicht mehr, als man es sich hierzulande und im Kontinentaleuropa oft wünschen würde. Und das lässt hoffen, dass es Bindungen gibt, die stark sind und jeden Brexit überdauern. Brückenbauer wie Sie, sehr geehrter Herr Timothy Garton Ash, werden dabei dringend gebraucht. Auch Ihnen herzlichen Glückwunsch zur heutigen Auszeichnung.

Ich habe nun die besondere Ehre, zunächst Ihnen, Herr Professor Clemens Fuest, die Preisurkunde zu überreichen. Und anschließend darf ich Sie, Herr Professor Timothy Garton Ash, auf die Bühne bitten.

Der

Hanns Martin Schleyer-Preis 2018

wird

Prof. Dr. Dr. h.c.
Clemens Fuest

für hervorragende Verdienste um die Festigung und Förderung der Grundlagen eines
freiheitlichen Gemeinwesens verliehen.

Im Namen der Jury der
Hanns Martin Schleyer-Stiftung

Wilfried Porth
Vorsitzender

Stuttgart, den 6. Mai 2019

Clemens Fuest

Clemens Fuest ist einer der einflussreichsten Volkswirte und herausragender Vertreter einer praxisorientierten, interdiziplinär ausgerichteten und zugleich evidenzbasierten Ökonomie.

Mit Leidenschaft und Augenmaß bringt er sich integer in die aktuellen wirtschaftspolitischen Debatten in Deutschland und Europa ein.

Seine Analysen und Vorschläge, die auch in der Politik Gehör finden, zeichnen sich durch hohe wissenschaftliche Präzision aus und sind zugleich verständlich und meinungsbildend formuliert. In Verantwortung für Europa steht Clemens Fuest auch angesichts der globalen Herausforderungen für eine kluge – stets rational begründete und auch ökonomisch vertretbare – vertiefte, europäische Zusammenarbeit. Er pflegt intensiv die Beziehungen zu den europäischen Partnern – vor allem auch zu Frankreich. Dabei unterstützt er den offenen Dialog als Voraussetzung für eine grenzüberschreitende Annäherung aller EU-Bürger.

In seinem Wirken als Präsident am renommierten ifo-Institut setzt sich Clemens Fuest mit hohem Sachverstand – und wo nötig auch streitbar – für unser erfolgreiches wettbewerbliches System der Sozialen Marktwirtschaft ein.

Mit Stil und Haltung stellt sich Clemens Fuest mutig den aktuellen Herausforderungen – sei es die zunehmende Digitalisierung, die EU-Schuldendebatte oder auch der Wettbewerb mit China – im steten Bewusstsein um die Bedeutung unseres Wirtschaftssystems als eine wesentliche Grundlage für ein vitales, freiheitlich-demokratisches Gemeinwesen.

Der

Hanns Martin Schleyer-Preis 2019

wird

Prof. Timothy Garton Ash, Ph.D.

für hervorragende Verdienste um die Festigung und Förderung der Grundlagen eines
freiheitlichen Gemeinwesens verliehen.

Im Namen der Jury der
Hanns Martin Schleyer-Stiftung

Wilfried Porth
Vorsitzender

Stuttgart, den 6. Mai 2019

Timothy Garton Ash

Timothy Garton Ash ist als liberaler Europäer einer der herausragenden Historiker und politischen Publizisten unserer Zeit.

Als britischer Wissenschaftler ist seine Haltung geprägt von „Leader- ship und Responsibility"; seine Forschungen und Beiträge zeugen von dem Willen, sich in die Debatten der Gegenwart aktiv einzubringen und mit Herz und Verstand für die res publica – im steten Ringen für Freiheit und Demokratie – Zivilgesellschaft mit zu gestalten.

Sein ursprüngliches Forschungsinteresse gilt – auf der Suche nach den Wurzeln der großen Katastrophe des 20. Jahrhunderts – Deutschland in der Nazizeit. Als Wissenschaftler will er dabei den Dingen unmittelbar und aus eigener Anschauung heraus auf den Grund gehen und verstehen, wie es – nach dem Diktum Leopold Rankes – „eigentlich gewesen" ist. Als sensibler, neugierig-fragender Historiker ist Timothy Garton Ash so zu einem der herausragenden Chronisten des Wandels in Ost- und Mitteleuropa einschließlich Ostdeutschland geworden.

An dem zuweilen notwendigen Mut, sich auch gegen den Zeitgeist einzubringen, fehlt es ihm auch in jüngster Zeit nicht. Seine zehn Thesen zur „Redefreiheit" dokumentieren diesen Gestaltungswillen und die Bereitschaft, für seine Überzeugungen nachdrücklich einzutreten. Als politischer Publizist und Kolumnist setzt Timothy Garton Ash europaweit Maßstäbe. Er engagiert sich wortmächtig und ist bereit, sich immer wieder neu mit den Schwierigkeiten der europäischen Einigung kritisch hinterfragend auseinanderzusetzen – in Verantwortung für ein auch zukünftig geeintes und freiheitliches Europa.
Timothy Garton Ash ist als europäischer Gelehrter und liberaler Publizist ein Vorbild für zivilgesellschaftliches Engagement, auf das unsere freiheitliche Grundordnung im Kern stets neu angewiesen ist.

Vorträge

Clemens Fuest

»Populistische versus freiheitliche Wirtschaftspolitik im 21. Jahrhundert«

Sehr geehrte Frau Ministerin
Sehr geehrte Frau Goulard,
Sehr geehrter Bundespräsident Gauck,
Sehr geehrter Herr Schleyer,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist mir eine große Freude heute hier zu sein. Der Schleyer Stiftung und ihrer Jury möchte ich herzlich danken. Ich fühle mich sehr geehrt und verstehe diesen Preis auch als Anerkennung für meine Kolleginnen und Kollegen am ifo Institut, ohne deren Unterstützung und Kooperation meine Arbeit nicht möglich wäre. Ich danke Ihnen, liebe Frau Goulard, sehr herzlich für Ihre Würdigung. Ich freue mich besonders, dass mit Ihnen heute eine der hervorragenden Vertreterinnen Frankreichs, und gleichzeitig eine profunde Kennerin und Freundin Deutschlands zu uns gekommen ist.

Meine Damen und Herren, die Hanns Martin Schleyer Stiftung steht für die Festigung und Fortentwicklung des freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaats und der Sozialen Marktwirtschaft. Sie steht außerdem für die Auseinandersetzung mit den Feinden der freien und offenen Gesellschaft. Die Lage unseres Landes heute sollten wir nicht schlechter darstellen als sie ist, aber wir sollten sie auch nicht schönreden: wichtige Grundlagen unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung werden derzeit angegriffen: Freier Welthandel, Wettbewerb und Marktwirtschaft, Schutz des Privateigentums, europäische Integration, Pluralismus. Diejenigen, die dabei in der ersten Reihe stehen, heißen Donald Trump, Lega Nord und 5 Sterne, einflussreiche Politiker in Polen und Ungarn, Marine Le Pen, aber es sind auch deut-

sche Politiker darunter.

Sie alle sind Vertreter einer Politik, die als populistisch bezeichnet wird. Der Begriff „Populismus“ ist unscharf, aber trotzdem wichtig. Der Duden definiert Populismus als „von Opportunismus geprägte, volksnahe, oft demagogische Politik, die das Ziel hat, durch Dramatisierung der politischen Lage die Gunst der Massen [...] zu gewinnen.“[1] Jetzt denken viele von Ihnen vielleicht: Na ja, so sind unsere Politiker eben. Nun, so ganz einfach ist es nicht. Demokratie ist in der Tat die Herrschaft des Volkes, und dass sich da durchsetzt, was populär ist, darüber sollte man sich nicht beschweren.

Trotzdem behaupte ich, es gibt einen gefährlichen, pathologischen Populismus, den wir erkennen müssen. Er wird von Sozialwissenschaftlern wie folgt charakterisiert: Populisten beschreiben die Gesellschaft als gespalten in zwei Gruppen. Auf der einen Seite steht das „Volk“, auf der anderen die „Elite“. Die Elite wird als korrupt dargestellt. Sie stiehlt dem Volk den Wohlstand und seine Identität.

Populisten dagegen beanspruchen, die Interessen des Volkes zu vertreten.

Donald Trump zum Beispiel hat in seiner Rede zum Amtsantritt folgendes gesagt: „Wir transferieren Macht weg von Washington D.C. zurück zu Euch, dem Volk. Zu lange hat eine kleine Gruppe in der Hauptstadt unseres Landes die Vorteile der Macht genossen, während das Volk die Lasten getragen hat.“[2]

Was bedeutet Populismus in der Wirtschaftspolitik?

Es gab politische Bewegungen im 19. und frühen 20. Jahrhundert, ebenfalls in den USA, die als populistisch bezeichnet wurden. Damals ging es um Anliegen der Landbevölkerung, durchaus sinnvolle. Mir geht es heute um populistische Wirtschaftspolitik des 21. Jahrhunderts, die ganz anders ist. An sieben Eigenschaften kann man sie erkennen:

1. Populistische Wirtschaftspolitik behauptet, für Gruppen zu handeln, die ihren Status und Wohlstand bedroht sehen; Gruppen, die sich vom politischen Establishment verlassen fühlen.
2. Die populistische Agenda setzt auf kurzfristige Wohltaten. Sie vernachlässigt die langfristigen Kosten. Die Ausweitung der Staatsverschuldung wird zum Beispiel immer unterstützt, unabhängig von den Folgen.
3. Das Abwägung von Vor- und Nachteilen verschiedener Politikoptionen mögen Populisten nicht. Zielkonflikte werden ignoriert, Checks und Balances werden abgelehnt, ebenso Beschränkungen nationaler Souveränität durch Freihandelsabkommen oder die EU.

4. Die populistische Agenda konzentriert sich auf einzelne und emotionalisierte Themen wie Zuwanderung, Importkonkurrenz oder Gegensätze zwischen arm und reich.
5. Ausländer, Immigranten und der internationale Handel werden für ökonomische Probleme verantwortlich gemacht.
6. Populisten bieten einfache Lösungen für komplexe Probleme. Abschottung durch Protektionismus ist ein Beispiel.
7. Diese Lösungen sind Scheinlösungen, sie verschlimmern die Lage, statt sie zu verbessern.

Unter welchen Bedingungen gewinnen populistische Parteien Unterstützung? Verfallender Wohlstand der Mittelklasse, vor allem in den USA, die globale Finanzkrise, die Eurokrise und die Folgen für Menschen in Südeuropa, Kontrollverlust bei der Migration; dass diese Vorgänge das Vertrauen in die liberalen Demokratien und die so genannten Eliten erschüttern, kann eigentlich niemanden überraschen. Hinzu kommen Furcht vor Veränderungen: Digitalisierung, Globalisierung, demographischer Wandel erfordern Anpassungen, haben Gewinner und Verlierer. Darüber machen sich viele Menschen Sorgen, Populisten schüren damit verbundene Ängste.

Die populistischen Antworten auf diese Probleme machen aber alles nur noch schlimmer. In Italien hat die Lega Nord und 5 Sterne Regierung höhere Staatsschulden angekündigt und Arbeitsmarktreformen zurückgenommen. Das hat nur zu steigenden Zinsen geführt. Das Land ist in eine Rezession gerutscht. Begabte junge Menschen wandern ab, italienische Unternehmer investieren lieber im Ausland.

In einer ökonomischen Supermacht wie den USA dauert es länger, bis die Kosten populistischer Politik sichtbar werden. Aber schon heute spüren viele Landwirte in den USA die Zölle auf US-Agrarexporte, die andere Länder eingeführt haben. Diese Strafzölle sind Reaktionen auf Trumps Zölle auf europäische und chinesische Produkte.

Der größere Schock wird wohl nach den Wahlen kommen, wenn die US-Regierung Maßnahmen gegen das viel zu hohe Budgetdefizit ergreifen muss, also Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen.

Wenn das die falschen Antworten sind, was sind die richtigen?

Unter den moderaten politischen Kräften in Europa reagieren viele auf die populistische Bedrohung, indem sie versprechen, die Menschen von allen Widrigkeiten und Gefahren des Lebens abzuschirmen. Ich halte das für gefährlich. Ausgerechnet der französische Staatspräsident Emmanuel Macron hat folgende Formel geprägt: Wir brauchen ein Europa, das beschützt: *une*

Europe qui protège. Das ist sicherlich gut gemeint. Aber das Bild, das hier vermittelt wird, ist nicht das richtige. Es ist das Bild eines defensiven Europa. Es ist ein Europa, das sich fürchtet. Ein Europa, das sich hinter Mauern zurückzieht, das nicht mehr an sich glaubt. Eine Festung Europa. Innerhalb der Festung herrschen nicht Freiheit, Märkte und Wettbewerb – stattdessen wird hart reguliert, der Mangel wird verwaltet.

Die französische und die deutsche Regierung wollen den Wettbewerb im europäischen Binnenmarkt schwächen, um Großkonzerne, angebliche europäische Champions zu schaffen. Die sollen mit Unternehmen aus China und den USA konkurrieren. Tatsächlich würden diese privilegierten Unternehmen würden nur faul und ineffizient, die Ungleichheit in Europa würde steigen, das Wachstum sinken.

Andere fordern, in allen EU-Staaten nationale Mindestlöhne verpflichtend vorzuschreiben. Das ist auch der falsche Weg. Die EU kann zwar Mindestlöhne verordnen, aber nicht sicherstellen, dass es auch Arbeitsplätze zu diesen Löhnen gibt. Das ist nur sichergestellt durch entsprechende Produktivität.

Die europäische Politik kann und sollte die Menschen in Europa nicht von den Herausforderungen abschirmen, die wirtschaftlicher Wandel bringt, schon gar nicht durch Ausschaltung des Wettbewerbs nach innen und Abschottung nach außen.

Die Politik sollte stattdessen Bedingungen dafür schaffen, dass die Menschen in Europa diese Herausforderungen bewältigen. Die meisten können das, und zwar aus eigener Kraft. Um das zu erreichen, brauchen wir Selbstvertrauen und Aufbruch, nicht Angst und Rückzug. Wir brauchen kein Europa, das nur beschützt. Wir brauchen ein Europa, das befähigt, ein Europa der Chancen. Diese Chancen zu nutzen, dafür ist dann jeder selbst verantwortlich. Deshalb sage ich: die Antwort auf den Populismus ist nicht der Wohlfahrtsstaat, der alles regelt, die richtige Antwort ist eine freiheitliche Wirtschaftspolitik. Freiheit bedeutet unweigerlich gewisse Risiken.

Friedrich August von Hayek, der erste Träger des Schleyer-Preises, hat es so formuliert, „Freiheit bedeutet, dass wir in gewissem Maße unser Schicksal Kräften anvertrauen, die wir nicht beherrschen."

Aber daraus folgt nicht, dass freiheitliche Politik Risiken und Unsicherheit achselzuckend hinnimmt. Für mich hat eine freiheitliche Wirtschaftspolitik für Deutschland und Europa vier Elemente:

1. Wettbewerb, offene Märkte, Privateigentum, flexible Preise und Löhne, Eigenverantwortung stehen im Mittelpunkt dieser Wirtschaftspolitik. Ohne diese Elemente gibt es keinen Wohlstand.
2. Märkte und Wettbewerb brauchen Rahmenbedingungen. Dazu gehört

Wettbewerbspolitik, die Kartelle verhindert. Dazu gehört eine Bankenregulierung, die verhindert, dass Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden, wie es in der Finanzkrise passiert ist. Dazu gehören effektiver Umwelt- und Klimaschutzschutz.

3. Wir brauchen ein Europa der Chancen, das offen ist nach außen und dynamisch und vielfältig nach innen. Allerdings ein Europa, das seine Interessen in der Welt wirksam vertreten kann, wo die Mitgliedstaaten das alleine nicht können. In der Handelspolitik, der Migrationspolitik, der Verteidigungspolitik. Europa muss auch nach innen gezielt gemeinsam handeln: bei der Reform der Eurozone, beim Ausbau europäischer Infrastruktur und bei der inneren Sicherheit.
4. Wir brauchen einen starken Sozialstaat, aber einen der befähigt, statt zu entmündigen: Menschen können nur dann die Chancen nutzen, die sich in einer freien Gesellschaft bieten, wenn gewisse Voraussetzungen erfüllt sind. Materielle Grundbedürfnisse, Zugang zu Gesundheitsversorgung, soziale Kontakte, Bildung und Teilhabe, Chancen aufzusteigen. Zu einem Sozialstaat, der befähigt, gehört auch ein soziales Netz, das die auffängt, die Pech haben, arbeitslos oder krank werden und sich nicht aus eigener Kraft helfen können. Ohne diese Voraussetzungen sind Freiheitsspielräume wenig wert. In den USA zum Beispiel gibt es immer mehr Menschen, denen all das fehlt. Diese Menschen unterstützen politische Bewegungen, die andere Dinge als Freiheit und individuelle Entfaltung in den Vordergrund stellen.

Freiheitliche Wirtschaftspolitik in diesem Sinne ist kein laisser faire, sondern eher das, was wir in Deutschland als Konzept der Sozialen Marktwirtschaft bezeichnen.

Die Ausgestaltung dieser sozialen Marktwirtschaft, meine Damen und Herren, ist kompliziert. Das richtige Verhältnis aus Freiheit und Eigenverantwortung einerseits, sozialer Sicherung und Regulierung andererseits, muss ständig neu ausverhandelt werden. Dabei ist es wichtig, Fakten zu berücksichtigen und politische Konflikte dürfen nicht so weit eskalieren, dass Kompromisse unmöglich werden. Wenn in diesem Prozess populistische und radikale Strömungen die Oberhand gewinnen, sind Freiheit und Wohlstand gefährdet.

Meine Damen und Herren, ich will nicht so tun als wüsste ich genau, wie man eine Erosion der Sozialen Marktwirtschaft durch populistische Wirtschaftspolitik verhindert. Dafür gibt es keine Patentrezepte.

Zwei Wünsche, Sie können es auch Forderungen nennen, möchte ich Ihnen dazu trotzdem vortragen. Der erste Wunsch richtet sich an die Politik.

Der zweite richtet sich an uns alle.

1. Eine der Gefahren des aufkommenden Populismus besteht darin, dass Politiker etablierter Parteien ebenfalls populistischer werden. In Deutschland ist das zu beobachten. Rechtsradikale machen seit langer Zeit Stimmung gegen Immigranten, aber zunehmend greift das auf eigentlich moderate Parteien über. Dabei ist klar, Deutschland braucht eine rationale Einwanderungspolitik.

Linksradikale wollen in Berlin Wohnhäuser enteignen, weil die Mieten steigen. Zumindest eine eigentlich moderate Partei steigt darauf ein und sagt, ein wenig Enteignung sei nicht so schlimm.

Populisten stellen oft die richtigen Fragen, geben aber die falschen Antworten. Unser politisches Establishment muss die gleichen Fragen stellen, aber die richtigen Antworten geben. Das ist nicht leicht, denn diese Antworten sind meistens kompliziert. Populisten versprechen außerdem das Blaue vom Himmel. Seriöse Politik muss damit konkurrieren, aber ohne unerfüllbare Versprechungen, sondern mit realistischen Perspektiven. Hier möchte ich noch einmal Emmanuel Macron zitieren, dieses Mal allerdings zustimmend. Bei verschiedenen Gelegenheiten, unter anderem Protesten von Beschäftigten gegen Entlassungen hat er folgendes getan: Er ist gekommen, er hat sich ein Bild von der Lage gemacht, aber er hat auch gesagt: Ich bin nicht der Weihnachtsmann. Probleme ernst zu nehmen, aber so ehrlich zu sein auf die Grenzen staatlichen Handelns hinzuweisen, halte ich für überaus wichtig. Jetzt denken Sie vielleicht, dass man dem Präsidenten für diese Ehrlichkeit nicht gedankt hat, und dass er seine Linie vielleicht nicht durchhalten kann. Aber trotzdem: Den Mut, ehrlich auf die Grenzen staatlichen Handelns hinzuweisen, würde ich mir in der deutschen Politik häufiger wünschen.

2. Der zweite Punkt richtet sich an uns alle. Der Aufstieg des Populismus wird durch die Zersplitterung der Gesellschaft begünstigt. Die Digitalisierung der Kommunikation führt dazu, dass wir immer weniger mit Argumenten und Meinungen konfrontiert werden, die unseren eigenen Ansichten widersprechen. Das erschwert konstruktive Debatten und das Finden von Kompromissen. Wir alle haben die Möglichkeit, dieser Spaltung entgegenzuwirken. Dazu müssen wir den Dialog mit Andersdenkenden aktiv suchen. Das ist anstrengend, aber notwendig. Wie geht das? Nun, man kann das üben. Eine spielerische Form ist die so genannte „*turncoat debate*“: ein Format, in dem der Sprecher folgende Aufgabe hat: Zwei Minuten lang eine vorgegebene These möglichst eloquent verteidigen und sie dann weitere zwei Minuten lang ebenso eloquent angreifen. Dann folgt eine einminütige Synthese. Wenn Sie das regelmäßig üben, sind Sie für Menschen, die

andere Auffassungen haben, der ideale Gesprächspartner.

Meine Damen und Herren, Foren für kontroverse Debatten, in denen Meinungen aufeinanderprallen, braucht die Demokratie. Die Hanns Martin Schleyer Stiftung ist ein solches Forum. Deshalb freue ich mich besonders über diesen Preis; uns allen wünsche ich, dass dieses Forum unserem wunderbaren Land, diesem demokratischen und freien Deutschland in Europa, noch lange erhalten bleibt.

---

1. https://www.duden.de/rechtschreibung/Populismus.
2. Zitiert nach: Guiso et al (2018), S. 3.

Timothy Garton Ash

»Zivilcourage und Toleranz im heutigen Europa«

Sehr verehrter, lieber Herr Bundespräsident Gauck,
sehr verehrte Familie Schleyer,
sehr verehrter Herr Porth,
sehr verehrte Frau Ministerin,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

es ist mir wirklich eine große Ehre, den Hanns Martin Schleyer-Preis 2019 entgegenzunehmen. Ich bin 1978 nach Westberlin gekommen und ich weiß noch, wie tief der Schock der Ermordung von Hanns Martin Schleyer und der anderen Opfer des Terrorismus saß. Der Schatten, „Deutschland im Herbst", die Angst um die Stabilität der Demokratie, das weiß ich noch. Ich habe allerdings neulich meine deutschen Studenten – wir haben viele hervorragende deutsche Studierende in Oxford – gefragt, was sie von Hanns Martin Schleyer oder überhaupt von dieser Zeit wissen. Nun, sie wissen zwar irgendetwas, aber eigentlich herzlich wenig.

Wenn man von der RAF spräche, würden die Studierenden dort möglicherweise sogar denken, man spreche von Royal Air Force und nicht von der sogenannten Rote Armee Fraktion. Ich habe nachgefragt: Woher kommt das, dass ihr so wenig darüber wisst? Die Antworten kamen etwas zögerlich, und ich möchte hier beispielhaft eine Antwort wiedergeben, die den allgemeinen Tenor recht gut spiegelt: „Herr Professor, das ist so, wir haben viele Jahre lang in der Schule die Geschichte der Nazizeit durchgenommen und dann vielleicht in einem Jahr ganz schnell in einem Parforceritt die ganzen 70 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Daher kommt es, dass wir relativ wenig über die 70er-Jahre wissen." Ich weiß nicht, ob das stimmt, und ich

denke, dass es von Land zu Land unterschiedlich gehandhabt wird. Ich möchte mich auch gar nicht einmischen in die inneren Angelegenheiten des Landes Baden-Württemberg, geschweige denn Bayerns. Aber man darf doch fragen, ob die Proportionen noch stimmen, ob es nicht inzwischen wichtig wäre, in den deutschen Schulen etwas mehr zu erfahren über die Demokratiewerdung und die Demokratieerhaltung, die genauso schwierig ist wie die Demokratiebildung. „Das ist der Weisheit letzter Schluss: Nur der verdient sich Freiheit für das Leben, der täglich sie erobern muss." Und diese Worte Goethes gelten auch für die Demokratie. Es ist der tagtägliche Kampf um die Verteidigung der Freiheit.

Der französische Historiker Ernest Renan sprach von einer *„plébiscite de tous les jours"*. Und dazu gehört als erstes Gebot: Keine Gewalt, abgesehen natürlich vom Gewaltmonopol des Staates. Ich präzisiere das in meinem Buch zur Redefreiheit mit dem Prinzip: „Weder drohen wir mit Gewalt, noch akzeptieren wir gewaltsame Einschüchterung." Beide Seiten der Medaille sind gleichermaßen wichtig. Nicht nur, dass wir selbst nicht drohen, sondern auch, dass wir nicht eingeschüchtert werden.

Und damit bin ich natürlich beim Geist des Jahres 1989, dieses wunderbaren Jahres der Wiedervereinigung Deutschlands, das sich jetzt zum dreißigsten Mal jährt, und bei dir, lieber Joachim Gauck. Ich danke dir für diese wirklich wunderbare, schöne Laudatio.

Du bist für mich als Pfarrer in der DDR, als führende Gestalt in der friedlichen Revolution, aber auch als Bundespräsident und als Altbundespräsident, die Verkörperung dieser Bindung, von der ich jetzt gleich reden möchte, insbesondere von zwei Dingen: Zivilcourage und Toleranz. Und darüber möchte ich jetzt etwas ausführlicher sprechen.

Zivilcourage und Toleranz im heutigen Europa: Zivilcourage, meine Damen und Herren, ist ein Wort, das es im Englischen nicht gibt. Im Englischen wird es übersetzt mit *moral courage* oder *courage of your convictions*. Im Französischen ist es wohl ähnlich, ich müsste Sylvie Goulard fragen, aber im Wörterbuch steht: *courage moral*. Auf Polnisch heißt es: *odwaga moralna*. Doch im „Zivil-", des Deutschen schwingt viel mehr mit. „Zivil" als Gegensatz zu „militärisch", „zivil" im Sinne von Bürger und Bürgersinn in der Zivilgesellschaft, „zivil" auch im Sinne von Zivilität. Der Bundespräsident Gauck hat bereits viel davon gesprochen. Im Oxford English Dictionary wird *civility* definiert als: „Benehmen oder Sprache, die der Interaktion zwischen Bürgern angemessen ist." Das halte ich für genau richtig. Hier geht es nicht nur um Höflichkeit, sondern um eine robuste Zivilität. Das bedeutet, dass es kein Thema gibt, das man nicht ansprechen dürfte, aber man tut dies auf zivile Weise, damit es den anderen nicht abstößt oder beleidigt.

Toleranz ist semantisch viel einfacher. Michael Walzer, der amerikanische Philosoph, schreibt: „Toleranz macht Differenz möglich, Differenz macht Toleranz notwendig." Es geht um die Vielfalt. Bei uns in Europa entwickelt sich dieses Bewusstsein seit der Reformation, also den Anfängen des inner- bzw. zwischenchristlichen religiösen Pluralismus, und dann vertieft in der Aufklärung, aber in Indien, wohl bemerkt, ansatzweise schon 2000 Jahre früher. In den Edikten von Aśoka ist schon der Toleranzgedanke vorhanden, Toleranz hinsichtlich der Vielfalt, auch in einer multikulturellen Gesellschaft, auch hinsichtlich der Vielfalt der Werte und der Ideen. Der amerikanische Rechtsgelehrte Learned Hand sagte 1944 bei einer Rede für Einwanderer und Neubürger in den Vereinigten Staaten: „Der Geist der Freiheit ist der Geist, der sich nicht allzu sicher ist, recht zu haben. Der Geist der Freiheit ist der Geist, der die Seelen anderer Menschen zu verstehen versucht. Der Geist der Freiheit ist der Geist, der ihre Interessen unvoreingenommen gegen die eigenen abwägt."

Es sind, meine Damen und Herren, zwei Geister der Freiheit: Zivilcourage und Toleranz. Man findet diese allerdings nicht sehr oft schön vereint in nur einem Menschen. Vielmehr sind die ganz Mutigen oft nicht sehr tolerant und die ganz Toleranten häufig nicht besonders mutig. Ich nenne in meinem Buch zwei Beispiele: meinen Freund Christopher Hitchens, der ausgesprochen mutig war, aber nicht gerade tolerant. Und meinen *maître à penser* Isaiah Berlin, der sehr tolerant war, aber nicht immer besonders mutig. Wenn man noch weiter zurückgeht, kann man ähnliches über Martin Luther und Erasmus von Rotterdam sagen, denn nur selten findet man die beiden Geister der Freiheit vereint in einem Menschen.

Mein persönliches Vorbild – Bundespräsident Gauck hat ihn schon erwähnt – war Vaclav Havel, das seltene Beispiel von jemandem, der in gleichem Maße Zivilcourage und Toleranz verkörperte. Weiter nennen möchte ich Mahatma Gandhi und ganz besonders Liu Xiaobo, den großen chinesischen Intellektuellen, Andersdenkenden und Dissidenten. Es ist gut zu wissen, dass es auch in China andersdenkende, freiheitliche Menschen gibt.

Eine offene, freie Gesellschaft braucht beides in den richtigen Proportionen. Man wird vielleicht fragen: Kann es ein Zuviel an Courage geben? Vielleicht nicht. Aber eine Welt, die nur ausschließlich aus Luthers, Solschenizyns und Hitchens bestünde, wäre keine sehr friedliche und freundliche Welt. Es kann sicherlich ein Zuviel an Toleranz geben; und da sind wir bei Karl Popper und dem Paradox der Toleranz: „Uneingeschränkte Toleranz führt notwendigerweise zum Verschwinden der Toleranz." Aber heute sind in Europa meines Erachtens eher ein Zuwenig an Zivilcourage und ein Zuwenig an Toleranz das Problem. Ein Zuwenig an Zivilcourage beispiels-

weise angesichts der gewaltsamen Einschüchterung auch durch Terroristen. Es sind heute andere Terroristen als damals in den 1970er Jahren, aber genauso Terroristen; man denke beispielsweise an den Journalisten Charlie Hebdo, und ich denke – auch im Kontext des Brexits – an Lyra McKee, die 29-jährige irische Journalistin, die auf grausame Weise ermordet wurden. Es existiert heute die Gefahr einer Selbstzensur aus Angst, die sich oft kleidet im Namen des Respekts. Und das, meine Damen und Herren, ist der illiberale Liberalismus. Und der illiberale Liberalismus ist kein Liberalismus, wie die illiberale Demokratie keine Demokratie ist.

Aber es kann auch ein Zuwenig an Toleranz geben. Ich nenne jetzt wieder nur ein Beispiel: Das, was im Englischen *the offence archaeology* heißt, also in etwa die Beleidigungsarchäologie oder Empörungsarchäologie. Das heißt, man durchsucht alles, was ein Mensch im Laufe von 50 Jahren geschrieben oder gesagt hat. Auch das, was er oder sie spät abends auf unkluge Weise auf Twitter oder auf Facebook geäußert hat. Und findet ein Zitat, in welchem er nach den heutigen Normen etwas Anstößiges gesagt hat, und damit ist er oder sie aus dem öffentlichen Leben herausgetrieben, aus der Agora vertrieben, ganz disqualifiziert. Meine Damen und Herren, das gehört zum illiberalen Liberalismus. Denn dadurch wird die Bandbreite – Clemens Fuest hat gerade auch davon gesprochen – dessen eingeengt, was öffentlich gesagt werden kann, auch wenn es anstößig oder provokant ist. Hier sollte man sich vielleicht mehr an den alten christlichen Grundsatz halten: Hasse die Sünde, liebe den Sünder. Man sollte sehr wohl die anstößige Bemerkung kritisieren, aber das heißt nicht, dass der Mensch, der solches verlautbart hat, dann für immer disqualifiziert ist. Der illiberale Liberalismus hat eine weitere negative Folge: Er ist Wind in den Segeln der Populisten, denn schnell heißt es bei den Populisten: Das ist doch die Meinungstyrannei der liberalen Eliten, die sich irgendwo (vielleicht in einem Schloss in Stuttgart) versammeln. In Deutschland gibt es das böse Wort „Lügenpresse“. Und daher kommt es, dass wegen dieser Haltung auch völlig undifferenzierte Denunziationen der politischen Correctness mit donnerndem Applaus versehen werden.

Der illiberale Liberalismus ermutigt gerade den Wutbürger und den Populisten. Und das ist besonders relevant. Wir sprachen schon von den Zeiten des Populismus, in denen unsere westlichen Gesellschaften, nicht nur die europäischen, immer mehr geteilt, mehr polarisiert werden, wo nicht nur an den Rändern Radikalisierung stattfindet. Zwei Seiten reden nicht einmal aneinander vorbei, sie sprechen gar nicht miteinander. Man redet überhaupt nicht mehr miteinander, sondern schreit einander an oder bewegt sich nur in den eigenen Echokammern im Internet. Das erleben wir

zurzeit sehr stark in den Vereinigten Staaten. Das erleben wir aber auch in Polen. Ein polnischer Freund sagte mir neulich, er glaube, es wäre heute leichter, ein polnisch-deutsches Schulbuch zur Geschichte zu gestalten, als ein polnisch-polnisches Schulbuch zur Geschichte. Und daran erkennen Sie die Zweiteilung der polnischen Gesellschaft entsprechend der bei uns in Großbritannien zwischen *Leavers* und *Remainers*. Diese zwei Sippen, die jetzt in Großbritannien in der öffentlichen Diskussion viel wichtiger sind als irgendeine Parteienidentität.

Erlauben Sie mir zum Schluss im Kontext der Europawahlen und auch des sich nähernden Europatages, etwas zum Brexit zu sagen, obwohl Sie sicherlich das Wort „Brexit" nicht mehr hören können. Ich beantworte nicht die Frage: „Was wird geschehen?" Bis vor kurzem pflegte ich zu sagen: Nur der liebe Gott weiß, was geschehen wird mit dem Brexit. Inzwischen bin ich allerdings zu dem Schluss gekommen, dass dies falsch war, denn er weiß es auch nicht. Aber ich will die Frage beantworten: Was soll geschehen? Und dazu habe ich eine ganz klare Antwort: Es gibt, meine Damen und Herren, keinen guten Ausweg aus diesem Brexit-Schlamassel. Aber der am wenigsten schlechte Ausweg ist eindeutig ein zweites Referendum, in welchem die Mehrheit sich fürs Bleiben in der EU entscheidet. Dass diese Möglichkeit für uns Briten noch existiert, verdanken wir unseren Partnern und Freunden in der EU, insbesondere dem Ratspräsidenten Donald Tusk, bei dem ich mich ausdrücklich dafür bedanken möchte, und auch der Bundeskanzlerin Angela Merkel in Deutschland. Deutschland hat viel Verständnis dafür gezeigt, dass wir in Großbritannien Zeit brauchen, um diesen doch sehr schwierigen Prozess zu durchleben. Dieses Verständnis war nicht bei allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in gleichem Maße vorhanden.

Nun wird mancher meinen, ein zweites Referendum sei doch undemokratisch. Das ist jedoch absolut falsch. Die Populisten tönen, das Volk habe gesprochen. Aber Demokratie heißt doch nicht: ein Volk, eine Abstimmung, einmal. Demokratie definiert sich doch gerade auch dadurch, dass man seine Meinung ändern kann. Und es ist nach unserer Verfassung ein völlig legitimes demokratisches Verfahren, dass das souveräne Parlament, wenn es selber nicht entscheiden kann, die Frage ans Wahlvolk zurückgibt.

Ein wichtigeres Gegenargument ist, dass dies in der Praxis schwierig sein wird. Man hört oft, dies werde sehr entzweiend sein, als ob das Land nicht schon entzweit wäre. Sicherlich wird es ein harter Meinungsstreit, aber dass dieser Meinungsstreit, wie man u.a. auch von der britischen Premierministerin hört, – und damit bin ich wieder beim Thema von Zivil-

courage und Toleranz – auch gefährlich sein und den sozialen Frieden gefährden werde, halte ich für eine illegitime Drohung. Damit wird implizit angedroht, dass die Befürworter des Brexits im Lande doch gewalttätig werden könnten. Diese Art der Argumentation ist illegitim. Denn letztendlich bereitet sie den Boden für Gewalt. Sie gibt den Wutbürgern Mut zu mehr Wut, heizt also die schon sehr aufgeheizte Atmosphäre weiter auf.

Wahr ist allerdings, dass eine ganz besondere Mischung von Zivilcourage und Toleranz erforderlich sein wird, um den Weg eines neuen Referendums zu gehen. Zivilcourage, angefangen mit den *Members of Parliament*, damit sie so handeln, wie sie es im Herzen und mit ihrem Gewissen für richtig halten, sich aber wegen ihrer Karriere und der Parteimitgliedschaft nicht wagen.

Genauso wird Toleranz benötigt, damit alle in einem zweiten Referendum diese wirklich sehr tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten friedlich und auf zivile Weise austragen. Und dazu gehört in der Tat die robuste Zivilität. Robust in zweifacher Hinsicht: Robust im Sinne von, alles, was man denkt, offen und direkt auszusprechen, wie Luther und Erasmus, aber auch robust im Sinne einer Streitkultur, die tragfähig genug ist, diese Belastung auszuhalten. Ich bin überzeugt davon, dass wir auch dazu fähig sind.

Meine Damen und Herren, ich verstehe diesen Hanns Martin Schleyer-Preis gerne als Ermutigung, auf diesem wahrhaft liberalen Weg weiterzugehen.

Ich danke Jury und Stiftung noch einmal sehr herzlich für die Auszeichnung und Ihnen allen für Ihre Anwesenheit und für Ihre sehr zivile Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

Anhang
Pressespiegel (Auswahl)

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Sonderdruck aus der Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. Mai 2019

Populistische versus freiheitliche Wirtschaftspolitik

Von Clemens Fuest

Wichtige Grundlagen unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung werden derzeit angegriffen: Freier Welthandel, Wettbewerb und Marktwirtschaft, Schutz des Privateigentums, europäische Integration, Pluralismus. Diejenigen, die dabei in der ersten Reihe stehen, heißen Donald Trump, Lega Nord und 5 Sterne, einflussreiche Politiker in Polen und Ungarn, Marine Le Pen, aber es sind auch deutsche Politiker darunter. Sie alle sind Vertreter einer Politik, die als populistisch bezeichnet wird.

Der Begriff „Populismus“ ist unscharf. Der Duden definiert Populismus als „von Opportunismus geprägte, volksnahe, oft demagogische Politik, die das Ziel hat, durch Dramatisierung der politischen Lage die Gunst der Massen ... zu gewinnen.“ Nun ist Demokratie die Herrschaft des Volkes, und dass sich da durchsetzt, was populär ist, darüber sollte man sich nicht beschweren. Trotzdem gibt es einen gefährlichen, pathologischen Populismus, den wir erkennen müssen. Er wird von Sozialwissenschaftlern wie folgt charakterisiert:

Populisten beschreiben die Gesellschaft als gespalten in zwei Gruppen. Auf der einen Seite steht das „Volk“, auf der anderen die „Elite“. Die Elite wird als korrupt dargestellt. Sie stiehlt dem Volk den Wohlstand und seine Identität. Populisten dagegen beanspruchen, die Interessen des Volkes zu vertreten. Donald Trump zum Beispiel hat in seiner Rede zum Amtsantritt Folgendes gesagt: „Wir transferieren Macht weg von Washington D.C. zurück zu euch, dem Volk. Zu lange hat eine kleine Gruppe in der Hauptstadt unseres Landes die Vorteile der Macht genossen, während das Volk die Lasten getragen hat.“

Was bedeutet Populismus in der Wirtschaftspolitik? Es gab politische Bewegungen im 19. und frühen 20. Jahrhundert, ebenfalls in den Vereinigten Staaten, die als populistisch bezeichnet wurden. Damals ging es um Anliegen der Landbevölkerung, durchaus sinnvolle. Populistische Wirtschaftspolitik des 21. Jahrhunderts ist ganz anders. An sieben Eigenschaften kann man sie erkennen

– 1. Populistische Wirtschaftspolitik behauptet, für Gruppen zu handeln, die ihren Status und Wohlstand bedroht sehen; Gruppen, die sich vom politischen Establishment verlassen fühlen.

– 2. Die populistische Agenda setzt auf kurzfristige Wohltaten. Sie vernachlässigt die langfristigen Kosten. Die Ausweitung der Staatsverschuldung wird zum Beispiel immer unterstützt, unabhängig von den Folgen.

– 3. Das Abwägung von Vor- und Nachteilen verschiedener Politikoptionen mögen Populisten nicht. Zielkonflikte werden ignoriert, Checks und Balances werden abgelehnt, ebenso Beschränkungen nationaler Souveränität durch Freihandelsabkommen oder die EU.

– 4. Die populistische Agenda konzentriert sich auf einzelne und emotionalisierte Themen wie Zuwanderung, Importkonkurrenz oder Gegensätze zwischen Arm und Reich.

– 5. Ausländer, Immigranten und der internationale Handel werden für ökonomische Probleme verantwortlich gemacht.

– 6. Populisten bieten einfache Lösungen für komplexe Probleme. Abschottung durch Protektionismus ist ein Beispiel.

– 7. Diese Lösungen sind Scheinlösungen, sie verschlimmern die Lage, statt sie zu verbessern.

Unter welchen Bedingungen gewinnen populistische Parteien Unterstützung? Verfallender Wohlstand der Mittelklasse, vor allem in den Vereinigten Staaten, die globale Finanzkrise, die Euro-Krise und die Folgen für Menschen in Südeuropa, Kontrollverlust bei der Migration; dass diese Vorgänge das Vertrauen in die liberalen Demokratien und die sogenannten Eliten erschüttern, kann eigentlich niemanden überraschen. Hinzu kommen Furcht vor Veränderungen: Digitalisierung, Globalisierung, demographischer Wandel erfordern Anpassungen, haben Gewinner und Verlierer. Darüber machen sich viele Menschen Sorgen, Populisten schüren damit verbundene Ängste.

Die populistischen Antworten auf diese Probleme machen aber alles nur noch schlimmer. In Italien hat die Lega-Nord-und-5-Sterne-Regierung höhere Staatsschulden angekündigt und Arbeitsmarktreformen zurückgenommen. Das hat nur zu steigenden Zinsen geführt. Das Land ist in eine Rezession gerutscht. Begabte junge Menschen wandern ab, italienische Unternehmer investieren lieber im Ausland.

In einer ökonomischen Supermacht wie den Vereinigten Staaten dauert es länger, bis die Kosten populistischer Politik sichtbar werden. Aber schon heute spüren viele Landwirte in den Vereinigten Staaten die Zölle auf amerikanische Agrarexporte, die andere Länder eingeführt haben. Diese Strafzölle sind Reaktionen auf Trumps Zölle auf europäische und chinesische Produkte. Der größere Schock wird wohl nach den Wahlen kommen, wenn die Regierung Maßnahmen gegen das viel zu hohe Budgetdefizit ergreifen muss, also Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen.

Wenn das die falschen Antworten sind, was sind die richtigen? Unter den moderaten politischen Kräften in Europa reagieren viele auf die populistische Bedrohung, indem sie versprechen, die Menschen von allen Widrigkeiten und Gefahren des Lebens abzuschirmen. Ich halte das für gefährlich. Ausgerechnet der französische Staatspräsident Emmanuel Macron hat folgende Formel geprägt: Wir brauchen ein Europa, das beschützt, „une Europe qui protège“. Das ist sicherlich gut gemeint. Aber das Bild, das hier vermittelt wird, ist

nicht das richtige. Es ist das Bild eines defensiven Europas. Es ist ein Europa, das sich fürchtet. Ein Europa, das sich hinter Mauern zurückzieht, das nicht mehr an sich glaubt. Eine Festung Europa. Innerhalb der Festung herrschen nicht Freiheit, Märkte und Wettbewerb - stattdessen wird hart reguliert, der Mangel wird verwaltet.

Die französische und die deutsche Regierung wollen den Wettbewerb im europäischen Binnenmarkt schwächen, um Großkonzerne, angebliche europäische Champions zu schaffen. Die sollen mit Unternehmen aus China und den Vereinigten Staaten konkurrieren. Tatsächlich würden diese privilegierten Unternehmen nur faul und ineffizient, die Ungleichheit in Europa würde steigen, das Wachstum sinken.

Andere fordern, in allen EU-Staaten nationale Mindestlöhne verpflichtend vorzuschreiben. Das ist auch der falsche Weg. Die EU kann zwar Mindestlöhne verordnen, aber nicht sicherstellen, dass es auch Arbeitsplätze zu diesen Löhnen gibt. Das ist nur sichergestellt durch entsprechende Produktivität. Die europäische Politik kann und sollte die Menschen in Europa nicht von den Herausforderungen abschirmen, die wirtschaftlicher Wandel bringt, schon gar nicht durch Ausschaltung des Wettbewerbs nach innen und Abschottung nach außen.

Die Politik sollte stattdessen Bedingungen dafür schaffen, dass die Menschen in Europa diese Herausforderungen bewältigen. Die meisten können das, und zwar aus eigener Kraft. Um das zu erreichen, brauchen wir Selbstvertrauen und Aufbruch, nicht Angst und Rückzug. Wir brauchen kein Europa, das nur beschützt. Wir brauchen ein Europa, das befähigt, ein Europa der Chancen. Diese Chancen zu nutzen, dafür ist dann jeder selbst verantwortlich. Deshalb sage ich: Die Antwort auf den Populismus ist nicht der Wohlfahrtsstaat, der alles regelt, die richtige Antwort ist eine freiheitliche Wirtschaftspolitik. Freiheit bedeutet unweigerlich gewisse Risiken.

Der liberale Ökonom Friedrich August von Hayek hat es so formuliert: „Freiheit bedeutet, dass wir in gewissem Maße unser Schicksal Kräften anvertrauen, die wir nicht beherrschen.“ Aber daraus folgt nicht, dass freiheitliche Politik Risiken und Unsicherheit achselzuckend hinnimmt. Für mich hat eine freiheitliche Wirtschaftspolitik für Deutschland und Europa vier Elemente:

– 1. Wettbewerb, offene Märkte, Privateigentum, flexible Preise und Löhne, Eigenverantwortung stehen im Mittelpunkt dieser Wirtschaftspolitik. Ohne diese Elemente gibt es keinen Wohlstand.

– 2. Märkte und Wettbewerb brauchen Rahmenbedingungen. Dazu gehört Wettbewerbspolitik, die Kartelle verhindert. Dazu gehört eine Bankenregulierung, die verhindert, dass Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden, wie es in der Finanzkrise passiert ist. Dazu gehören effektiver Umwelt- und Klimaschutzschutz.

– 3. Wir brauchen ein Europa der Chancen, das offen ist nach außen und dynamisch und vielfältig nach innen. Allerdings ein Europa, das seine Interessen in der Welt wirksam vertreten kann, wo die Mitgliedstaaten das alleine nicht können. In der Handelspolitik, der Migrationspolitik, der Verteidigungspolitik. Europa muss auch nach innen gezielt gemeinsam handeln: bei der Reform der Eurozone, beim Ausbau europäischer Infrastruktur und bei der inneren Sicherheit.

– 4. Wir brauchen einen starken Sozialstaat, aber einen, der befähigt, statt zu entmündigen: Menschen können nur dann die Chancen nutzen, die sich in einer freien Gesellschaft bieten, wenn gewisse Voraussetzungen erfüllt sind. Materielle Grundbedürfnisse, Zugang zu Gesundheitsversorgung, soziale Kontakte, Bildung und Teilhabe, Chancen aufzusteigen. Zu einem Sozialstaat, der befähigt, gehört ein soziales Netz, das die auffängt, die Pech haben, arbeitslos oder krank werden und sich nicht aus eigener Kraft helfen können. Ohne diese Voraussetzungen sind Freiheitsspielräume wenig wert. In den Vereinigten Staaten zum Beispiel gibt es immer mehr Menschen, denen all das fehlt. Diese Menschen unterstützen politische Bewegungen, die andere Dinge als Freiheit und individuelle Entfaltung in den Vordergrund stellen.

Freiheitliche Wirtschaftspolitik in diesem Sinne ist kein laisser faire, sondern eher das, was wir in Deutschland als Konzept der Sozialen Marktwirtschaft bezeichnen. Die Ausgestaltung dieser sozialen Marktwirtschaft ist kompliziert. Das richtige Verhältnis aus Freiheit und Eigenverantwortung einerseits, sozialer Sicherung und Regulierung andererseits, muss ständig neu ausverhandelt werden. Dabei ist es wichtig, Fakten zu berücksichtigen, und politische Konflikte dürfen nicht so weit eskalieren, dass Kompromisse unmöglich werden. Wenn in diesem Prozess populistische und radikale Strömungen die Oberhand gewinnen, sind Freiheit und Wohlstand gefährdet.

Eine der größten Gefahren des aufkommenden Populismus besteht darin, dass Politiker etablierter Parteien ebenfalls populistischer werden. In Deutschland ist das zu beobachten. Rechtsradikale machen seit langer Zeit Stimmung gegen Immigranten, aber zunehmend greift das auf eigentlich moderate Parteien über. Dabei ist klar, Deutschland braucht eine rationale Einwanderungspolitik. Linksradikale wollen in Berlin Wohnhäuser enteignen, weil die Mieten steigen. Politiker aus eigentlich moderaten Parteien steigen darauf ein und sagen, ein wenig Enteignung sei nicht so schlimm.

Populisten stellen oft die richtigen Fragen, geben aber die falschen Antworten. Unser politisches Establishment muss die gleichen Fragen stellen, aber die richtigen Antworten geben. Das ist nicht leicht, denn diese Antworten sind meistens kompliziert. Populisten versprechen außerdem das Blaue vom Himmel. Seriöse Politik muss damit konkurrieren, aber ohne unerfüllbare Versprechungen, sondern mit realistischen Perspektiven. Auch hier kann man Macron zitieren, diesmal zustimmend. Bei verschiedenen Gelegenheiten, unter anderem Protesten von Beschäftigten gegen Entlassungen hat er Folgendes getan: Er ist gekommen, er hat sich ein Bild von der Lage gemacht, aber er hat auch gesagt: Ich bin nicht der Weihnachtsmann.

Probleme ernst zu nehmen, aber so ehrlich zu sein, auf die Grenzen staatlichen Handelns hinzuweisen, ist der richtige Weg. Es ist naheliegend, dem zu entgegnen, dass die französische Bevölkerung ihrem Präsidenten für diese Ehrlichkeit nicht gedankt hat, dass er seine Linie vielleicht nicht durchhalten kann. Aber trotzdem: Mehr Anstrengung, komplexe wirtschaftspolitische Probleme zu erklären, und mehr Mut, auf Grenzen staatlichen Handelns hinzuweisen, würde auch der deutschen Politik guttun.

Vortrag anlässlich der Verleihung des Hanns-Martin-Schleyer-Preises an Clemens Fuest in Stuttgart am 6. Mai.

© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv. www.faz-rechte.de/sonderdrucke.htm.

Süddeutsche Zeitung

7. Mai 2019, 18:49 Uhr

Ifo-Präsident

Fuest fordert Stärke

Der einflussreiche Ökonom und Ifo-Präsident Clemens Fuest mahnt im Umgang mit Chinas Expansionspolitik ein entschlosseneres Vorgehen Europas an. Die USA würden in Peking deutlich ernster genommen.

Von Stefan Mayr, Stuttgart

Clemens Fuest, Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung.

(Foto: Soeren Stache/dpa)

Worte der Anerkennung für Donald Trump aus dem Mund des Präsidenten des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung - das überrascht. Clemens Fuest spricht dieses Lob bei einer Veranstaltung aus, die sich der Förderung der Sozialen Marktwirtschaft und des freiheitlichen Rechtsstaats widmet, das macht die Wortmeldung noch bemerkenswerter. Fuest sprach am Montag in Stuttgart über populistische und freiheitliche Wirtschaftspolitik. Dabei bezeichnete er Trumps brutales Vorgehen gegen China mit Strafzöllen als viel effektiver, als das Verhalten der Europäischen Union. „Trump führt uns vor, wie man eine Marktöffnung in China durchsetzt", sagte Fuest. Die USA würden von den chinesischen Machthabern ernst genommen, „die EU nicht".

Im Umgang mit der offensiven Subventionspolitik der Volksrepublik, die den europäischen Unternehmen zunehmend Konkurrenz macht, forderte Fuest für Europa „eine gemeinsame China-Strategie". Die europäischen Staaten sollten miteinander und entschlossen versuchen, den wichtigen chinesischen Markt weiter zu öffnen. Dabei dürfe es nicht um Abschottung gehen wie bei Trump - nicht nur in dieser Frager distanzierte sich Fuest vom US-Präsidenten. Auch nationale Alleingänge bringen laut Fuest nichts. Eine rein deutsche Strategie genüge ebenso wenig, wie das bisherige Vorgehen der EU: „Eine Zusammenkunft von 28 Staaten reicht leider nicht, von denen sieben Staaten mit China eng verbunden sind durch die Seidenstraße".

Für derartige Wortmeldungen wurde Clemens Fuest, 50, am Montag im Weißen Saal des Stuttgarter Schlosses der Hanns-Martin-Schleyer-Preis 2018 verliehen. Baden-Württembergs Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU) würdigte den habilitierten Volkswirt für dessen „präzise", „mutige" und „streitbare" Analysen und Vorschläge, welche die Soziale Marktwirtschaft stärkten.

In seiner Rede warnte Fuest die Politiker der moderaten Parteien vor der Europawahl vor dem zunehmenden „gefährlichen und pathologischen Populismus". Die moderaten Politiker sollten die gleichen Fragen stellen wie die populistischen Feinde der Demokratie, aber darauf die „richtigen Antworten" geben. Zudem sprach sich Fuest gegen eine Industriepolitik aus. Die Idee, mit staatlicher Unterstützung so genannte europäische Champions zu schaffen, würde den Wettbewerb schwächen. „Es gibt kein einziges Beispiel in Europa, wo das funktioniert hat", mahnte Fuest. Derart privilegierte Unternehmen würden „nur faul und ineffizient", die Ungleichheit würde steigen und das Wachstum sinken.

Der Schleyer-Preis erinnert an den ehemaligen Arbeitgeber-Präsidenten Hanns Martin Schleyer. Er wurde 1977 von Terroristen entführt und ermordet. Den Preis für das Jahr 2019 erhielt der britische Historiker und Publizist Timothy Garton Ash. Ihn würdigte Altbundespräsident Joachim Gauck als wichtigen „Ruhestörer", der den Menschen „frühzeitig" vor Augen führe, dass Dinge, „die gestern richtig waren, heute falsch sein können". Garton Ash gebe den Machtlosen eine Stimme und weise auf Schwachstellen der Demokratie hin, die die Populisten ausnutzen. Gauck: „Deshalb habe ich übergenug Gründe, Ihnen zu danken."

©SZ vom 08.05.2019

HEILBRONNER STIMME www.stimme.de

06. Mai 2019, 18:50 Uhr

Update: 06. Mai 2019, 18:51 Uhr

Volkswirt Fuest und Historiker Ash erhalten Schleyer-Preise

Stuttgart (dpa/lsw) Der Präsident des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Clemens Fuest, und der britische Historiker Timothy Garton Ash sind mit den Hanns-Martin-Schleyer-Preisen 2018 und 2019 ausgezeichnet worden.

Timothy Garton Ash, britischer Publizist und Historiker, lächelt.

Fuest bringe sich als überzeugter Europäer mit Augenmaß und Haltung prägend als einer der einflussreichsten Volkswirte in die aktuellen wirtschaftspolitischen Debatten ein, sagte Wilfried Porth, Vorsitzender der Stiftung, laut vorab verbreiteter Mitteilung in Stuttgart.

Fuest erhielt die Ehrung für das Jahr 2018, Ash für dieses Jahr. Der Historiker setze sich als liberaler Europäer mit Leidenschaft für Freiheit und Demokratie ein, sagte Porth. Ash lehrt in Oxford.

Die Auszeichnung wurde von der damaligen Daimler-Benz AG aus Anlass des fünften Todestages von Hanns Martin Schleyer gestiftet. Der frühere Daimler-Vorstand und Arbeitgeberpräsident Schleyer war 1977 von Terroristen entführt und ermordet worden. Die Stiftung will das Bewusstsein für den freiheitlichen Rechtsstaat und die Soziale Marktwirtschaft fördern.

Artikel vom 6. Mai 2019. © Alle Rechte vorbehalten.

Heilbronner Stimme / www.stimme.de.

Mit freundlicher Genehmigung der dpa.

Foto: Christoph Schmidt, dpa picture alliance GmbH

tabularasa
Zeitung für Gesellschaft & Kultur

08.05.2019

ifo-Präsident Fuest fordert „Europa der Chancen“ statt „Europa als Festung“

Der ifo-Präsident Clemens Fuest hat sich drei Wochen vor der Europawahl gegen falsche Antworten der Politik auf den Populismus gewandt. In seiner Rede anlässlich der Verleihung des Schleyer-Preises in Stuttgart sprach er sich gegen die Vision von „einem Europa, das beschützt“ aus, die der französische Präsidenten Emmanuel Macron jüngst skizziert hatte.

Prof. Dr. Clemens Fuest

„Das ist sicherlich gut gemeint“, sagte Fuest in seiner Rede. „Aber das Bild, das hier vermittelt wird, ist nicht das richtige. Es ist das Bild eines defensiven Europas. Es ist ein Europa, das sich fürchtet. Eine Festung Europa. Dort herrschen nicht Freiheit, Märkte und Wettbewerb – stattdessen wird hart reguliert, der Mangel wird verwaltet.“ Dem stellte Fuest ein „Europa der Chancen“ gegenüber. Er kritisierte, die französische und die deutsche Regierung wollten den Wettbewerb im europäischen Binnenmarkt schwächen, um Großkonzerne, angebliche europäische Champions aufzubauen. „Tatsächlich würden diese privilegierten Unternehmen nur faul und ineffizient, die Ungleichheit in Europa würde zunehmen, das Wachstum nachlassen“, sagte Fuest.

Auch nationale Mindestlöhne in allen EU-Staaten verpflichtend vorzuschreiben, sei der falsche Weg. „Die EU kann zwar Mindestlöhne verordnen, aber nicht gewährleisten, dass es auch Arbeitsplätze zu diesen Löhnen gibt. Das ist nur durch entsprechende Produktivität sichergestellt.“

Fuest forderte, die Politik solle stattdessen Bedingungen dafür schaffen, dass die Menschen in Europa ihre Herausforderungen bewältigten. „Die meisten können das, und zwar aus eigener Kraft. Wir brauchen ein Europa der Chancen. Diese Chancen zu nutzen, dafür ist dann jeder selbst verantwortlich. Deshalb sage ich: Die Antwort auf den Populismus ist nicht der Wohlfahrtsstaat, der alles regelt, die richtige Antwort ist eine freiheitliche Wirtschaftspolitik.“

Das bedeute Wettbewerb, offene Märkte, Privateigentum, flexible Preise und Löhne, Eigenverantwortung. „Märkte und Wettbewerb benötigen Rahmenbedingungen, unter anderem eine Wettbewerbspolitik, die Kartelle verbietet und eine Bankenregulierung, die verhindert, dass Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden, wie es in der Finanzkrise passiert ist“, sagte Fuest. Zum Europa der Chancen gehöre auch ein effektiver Umwelt- und Klimaschutz. „Wir brauchen ein Europa, das offen ist nach außen und dynamisch und vielfältig nach innen. Allerdings muss es seine Interessen in der Welt wirksam vertreten, wo die Mitgliedstaaten das alleine nicht können: etwa in der Handelspolitik, der Migrationspolitik, der Verteidigungspolitik. Europa muss auch nach innen gezielt gemeinsam handeln: bei der Reform der Eurozone, beim Ausbau europäischer Infrastruktur und bei der inneren Sicherheit“, sagte Fuest.

„Ein starker Sozialstaat sollte befähigen, statt zu entmündigen: Er muss materielle Grundbedürfnisse sichern, den Zugang zu Gesundheitsversorgung; soziale Kontakte, Bildung und Teilhabe ermöglichen und Chancen bieten, aufzusteigen. Er sollte die in seinem sozialen Netz auffangen, die Pech haben, arbeitslos oder krank werden und sich nicht aus eigener Kraft helfen können. Ohne diese Voraussetzungen sind Freiheitsspielräume wenig wert“, sagte Fuest.

Artikel vom 7. Mai 2019. © Alle Rechte vorbehalten.

Die TABULA RASA. Zeitung für Gesellschaft und Kultur.

Foto: Dr. Dr. Stefan Groß

Börsen-Zeitung
Zeitung für die Finanzmärkte

Fuest erhält Schleyer-Preis

jw–Ifo-Präsident

Clemens Fuest soll den Hanns Martin Schleyer-Preis 2018 für „hervorragende Verdienste um die Festigung und Förderung der Grundlagen eines freiheitlichen Gemeinwesens“ erhalten, ebenso wie der britische Historiker Timothy Garton Ash für 2019. Fuest ist „ein herausragender Wissenschaftler und Vertreter einer praxisorientierten und zugleich evidenzbasierten Ökonomie. Als überzeugter Europäer bringt er sich mit Augenmaß und Haltungprägend als einer der einflussreichsten Volkswirte integer in die aktuellen wirtschaftspolitischen Debatten in Deutschland ein“, schreibt Barbara Frenz, Geschäftsführerin der Hanns Martin Schleyer-Stiftung. Die Preisverleihung findet am 6. Mai im Neuen Schloss Stuttgart statt.

Festredner sind Sylvie Goulard, Vizepräsidentin der Banque de France, und der frühere Bundespräsident Joachim Gauck. Der Hanns Martin Schleyer-Preis wurde aus Anlass des fünften Todestages von Hanns Martin Schleyer (18. Oktober 1977) von der damaligen Daimler-Benz AG (heute Daimler AG) gestiftet und wird seit 1984 vergeben.

Julia Wacket, Artikel vom 27. April 2019.

© Alle Rechte vorbehalten.

Börsen-Zeitung. Zeitung für die Finanzmärkte.

Cash.ONLINE

Quelle: Cash. Online (www.cash-online.de)
Veröffentlicht am 6. Mai 2019

Fuest: Wohlfahrtsstaat ist nicht die Antwort auf Populismus

Der Ifo-Präsident Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest wurde am 6. Mai 2019 in Stuttgart mit dem Hanns Martin Schleyer-Preis ausgezeichnet.

Der Ifo-Präsident Clemens Fuest widerspricht dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron und seiner Vision eines Europas das beschützt. Europa dürfe keine Festung werden. Auch gegen ein falsches Bild eines sozialen Staates richtet sich Fuest. Wie er sich Europa wünscht: Der ifo-Präsident Clemens Fuest hat sich drei Wochen vor der Europawahl gegen falsche Antworten der Politik auf den Populismus gewandt. In seiner Rede anlässlich der Verleihung des Schleyer-Preises in Stuttgart sprach er sich gegen die Vision von "einem Europa, das beschützt" aus, die der französische Präsident Emmanuel Macron jüngst skizziert hatte.

Fuest: "Das Bild, das hier vermittelt wird, ist nicht das richtige. Es ist das Bild eines defensiven Europas. Es ist ein Europa, das sich fürchtet. Eine Festung Europa. Dort herrschen nicht Freiheit, Märkte und Wettbewerb – stattdessen wird hart reguliert, der Mangel wird verwaltet", sagte Fuest. Dem stellte er ein "Europa der Chancen" gegenüber.

Privilegierte und faule Unternehmen

Er kritisierte, die französische und die deutsche Regierung wollten den Wettbewerb im europäischen Binnenmarkt schwächen, um Großkonzerne, angebliche europäische Champions aufzubauen. "Tatsächlich würden diese privilegierten Unternehmen nur faul und ineffizient, die Ungleichheit in Europa würde zunehmen, das Wachstum nachlassen", sagte Fuest. Auch nationale Mindestlöhne in allen EU-Staaten verpflichtend vorzuschreiben, sei der falsche Weg. "Die EU kann zwar Mindestlöhne verordnen, aber nicht gewährleisten, dass es auch Arbeitsplätze zu diesen Löhnen gibt. Das ist nur durch entsprechende Produktivität sichergestellt." Fuest forderte: "Wir brauchen ein Europa der Chancen. Diese Chancen zu nutzen, dafür ist dann jeder selbst verantwortlich. Die Antwort auf den Populismus ist nicht der Wohlfahrtsstaat, der alles regelt, die richtige Antwort ist eine freiheitliche Wirtschaftspolitik."

Sozialstaat soll befähigen, statt zu entmündigen

Das bedeute Wettbewerb, offene Märkte, Privateigentum, flexible Preise und Löhne, Eigenverantwortung. "Märkte und Wettbewerb benötigen Rahmenbedingungen, unter anderem eine Wettbewerbspolitik, die Kartelle verbietet und eine Bankenregulierung, die verhindert, dass Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden, wie es in der Finanzkrise passiert ist", sagte Fuest. Zum Europa der Chancen gehöre auch ein effektiver Umwelt- und Klimaschutz.

„Ein starker Sozialstaat sollte befähigen, statt zu entmündigen: Er muss materielle Grundbedürfnisse sichern, den Zugang zu Gesundheitsversorgung; soziale Kontakte, Bildung und Teilhabe ermöglichen und Chancen bieten, aufzusteigen. Er sollte die in seinem sozialen Netz auffangen, die Pech haben, arbeitslos oder krank werden und sich nicht aus eigener Kraft helfen können. Ohne diese Voraussetzungen sind Freiheitsspielräume wenig wert", sagte Fuest. (FM)

Artikel vom 06. Mai 2019.

© Alle Rechte vorbehalten.

Cash. Print GmbH (www.cash-online.de).

Der Patriot
LIPPSTÄDTER ZEITUNG

vom 07.05.2019, Seite 12 - Wirtschaft Lokal

Gestern Abend: Schleyer-Preis für Clemens Fuest

Clemens Fuest
Ifo-Präsident
Foto: ifo/Vinogradova

Eringerfeld/Stuttgart – Der in Eringerfeld aufgewachsene Ifo-Präsident Clemens Fuest hat gestern Abend in Stuttgart den Hanns Martin Schleyer-Preis für das Jahr 2018 erhalten. Fuest habe sich um die Festigung und Förderung der Grundlagen eines freiheitlichen Gemeinwesens verdient gemacht, hieß es seitens der Jury in einer Mitteilung. „Fuest ist ein herausragender Wissenschaftler und Vertreter einer praxisorientierten Ökonomie. Als überzeugter Europäer bringt er sich mit Augenmaß und Haltung prägend als einer der einflussreichsten Volkswirte in die aktuellen wirtschaftspolitischen Debatten in Deutschland ein."

Der Preis wurde 1982 anlässlich des fünften Todestages von Hanns Martin Schleyer von der Daimler AG gestiftet. Verliehen wird er alle zwei Jahre jeweils für das aktuelle und das vergangene Jahr von der Hanns Martin Schleyer-Stiftung. Früheren Preisträger waren zum Beispiel Helmut Kohl, Helmut Schmidt, Udo di Fabio, Reinhard Mohn oder Golo Mann.

Artikel vom 6. Mai 2019.

© Alle Rechte vorbehalten.
Lippstädter Zeitung – Der Patriot.

Unter anderem sind auch in folgenden Medien Artikel zur Verleihung der Hanns Martin Schleyer-Preise 2018/2019 erschienen:

Landtag Baden-Württemberg
Mannheimer Morgen
n-tv
rtl.de
swr.de
Schwäbische Zeitung
t-online
Waiblinger Kreiszeitung
Welt.de

Zum Hanns Martin Schleyer-Preis

1. Zweck des Preises

Die Daimler-Benz AG (heute Daimler AG) hat aus Anlass der fünften Wiederkehr des Todestages von Hanns Martin Schleyer (18. Oktober 1977) einen Preis gestiftet.
Der Preis trägt die Bezeichnung »Hanns Martin Schleyer-Preis« und wird verliehen für hervorragende Verdienste um die Festigung und Förderung der Grundlagen eines freiheitlichen Gemeinwesens.
Es können wissenschaftliche und publizistische, aber auch andere Leistungen ausgezeichnet werden, die nach der Entscheidung der Jury die Voraussetzungen für die Verleihung des Preises erfüllen.

2. Preisvergabe

Die Auswahl der Preisträger und die Verleihung der Preise sind der Hanns Martin Schleyer-Stiftung übertragen worden.
Über die Preisvergabe entscheidet eine Jury. Sie wird vom Vorstand der Hanns Martin Schleyer-Stiftung in Einvernehmen mit dem Kuratorium der Stiftung für die Dauer von vier Jahren berufen.

Folgende Persönlichkeiten gehören der Jury an:
Wilfried Porth, (Vorsitzender),
Mitglied des Vorstandes der Daimler AG, Stuttgart
Susanne Biedenkopf-Kürten, Leiterin Hauptredaktion Wirtschaft,
Recht, Service, Soziales und Umwelt, ZDF, Mainz
Sylvie Goulard, Vize-Präsidentin,Banque de France, Paris
Dr. Dr. h.c. **Manfred Gentz**, Mitglied des Kuratoriums der Hanns Martin Schleyer-Stiftung, Berlin
Prof. Dr. Dres. h.c. **Paul Kirchhof**, Bundesverfassungsrichter a.D.,
Institut für Deutsches und Europäisches Verwaltungsrecht, Universität Heidelberg
Prof. Dr. **Renate Köcher**, Geschäftsführerin, Institut für Demoskopie, Allensbach
Hanns Eberhard Schleyer, Wilmer Cutler Pickering Hale and Dorr LLP, Berlin
Prof. Dr. **Rupert Scholz**, Bundesminister a.D.,
Of counsel, Gleiss Lutz Rechtsanwälte, Berlin

3. Ausstattung des Preises

Der Preis wird jährlich oder alle zwei Jahre verliehen. Er ist nicht dotiert.
Die Verleihung erfolgt öffentlich.

Der Preis wurde bisher verliehen an:

Ernst Nolte (1985) Friedrich August von Hayek (1984)

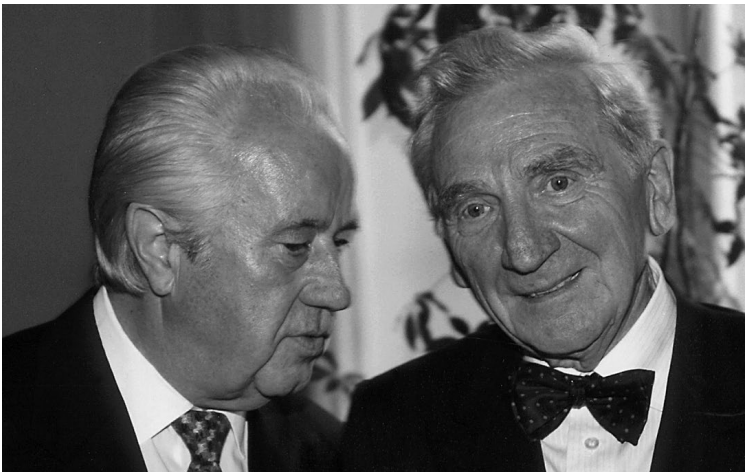
Karl Carstens (1986) Hans Georg Gadamer (1987)

Otto Schulmeister (1989) Golo Mann (1988)

Reiner Kunze (1990) Kurt Masur (1991)

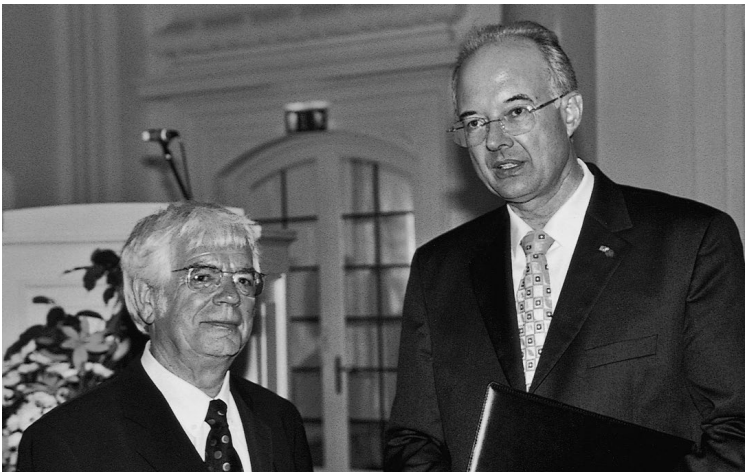
Birgit Breuel (1992) Franz Kardinal König (1993)

Bernd Rüthers (1995) Hermann Lübbe (1994)



Hermann Rappe (1996) Ernst- Joachim Mestmäcker (1997)

Elisabeth Noelle (1999) Reinhard Mohn (1998)



Helmuth Rilling (2001) Paul Kirchhof (2000)

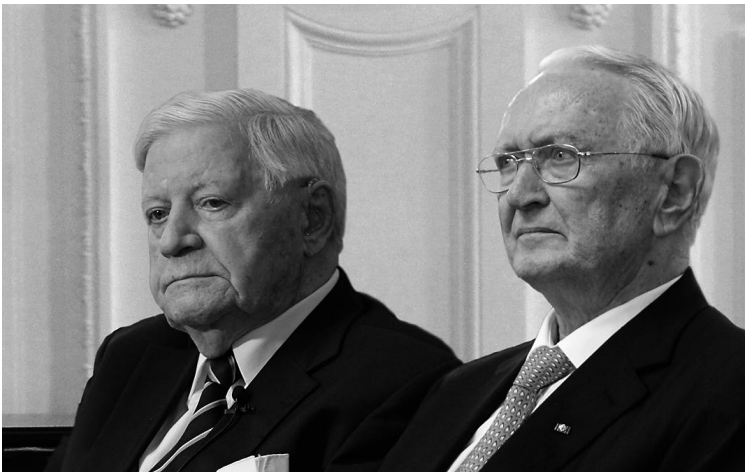
Hans Peter Stihl (2003) Joachim Fest (2002)

Meinhard Miegel (2004) Hubert Markl (2005)

Klaus von Dohnanyi (2006) Günter de Bruyn (2007)

Helmut Kohl (2009) Joachim Milberg (2008)

Jean-Claude Juncker (2010) Jürgen F. Strube (2011)



Helmut Schmidt (2012) Helmut Maucher (2013)

Marianne Birthler (2014) Udo Di Fabio (2015)

Nicola Leibinger-Kammüller (2017) Wolfgang Schäuble (2016)

Timothy Garton Ash (2019) Clemens Fuest (2018)

Redaktionelle Nachbemerkung

Die hier veröffentlichten Texte entsprechen den Textfassungen der Vorträge. Soweit persönliche Daten bzw. Funktionen aufgeführt sind, beziehen sie sich auf den Veranstaltungszeitpunkt.

Musik: Lucie Catherine Heiliger (Cello),
Emeline Archambault (Klavier)

Fotografien: Axel Joerß, Leichlingen
Burkard Hüding, Stuttgart, S. 79 (84/85), S. 80 (88/89), S. 81 (92/93)
Kraufmann & Kraufmann, Stuttgart, S. 81 (94/95)
Ove Normann Landgraf, Dresden, S. 80 (90/91)
Peter-Michael Petsch, Piechowski & Petsch, S. 86 (12/13)
Uli Regenscheit, Stuttgart, S. 83 (02/03)
Niels Schubert, Stuttgart, S. 79 (86/87)

Redaktion: Donate Lissner, Leverkusen

Schriftleitung: Barbara Frenz, Geschäftsführerin
Hanns Martin Schleyer-Stiftung

HANNS MARTIN
SCHLEYER-STIFTUNG
FREIHEIT DEMOKRATIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Hanns Martin Schleyer-Stiftung
Albrechtstraße 22
10117 Berlin
Telefon: +49 30 2790 7164
Fax: +49 30 2790 8743
E-Mail: info@schleyer-stiftung.de
Internet: http://www.schleyer-stiftung.de

Bankverbindung
Deutsche Bank Köln,
IBAN DE35370700240110999000
BIC DEUTDEDBKOE

Veröffentlichungen der Hanns Martin Schleyer-Stiftung

Eberhard von Brauchitsch
Karl Carstens
Wirtschaft und Staat: Antworten auf Herausforderungen
Köln 1979 – vergriffen –

Walter Kannengießer (Hrsg.)
Vermögensbildung – Kapitalbildung – Krisenvorbeugung
Forum Bonn 1979 · Köln 1980 – vergriffen – Band 1

Diether Stolze (Hrsg.)
Erneuerungskräfte freiheitlicher Ordnung
Kongress Innsbruck 1980 · Köln 1981– vergriffen – Band 2

Kurt Reumann (Hrsg.)
Jugend heute: Aufbruch oder Aufstand?
Essener Universitäts-Symposium 1981 · Köln 1982 – vergriffen – Band 3

Günther von Lojewski (Hrsg.)
Integration der Kinder ausländischer Arbeitnehmer?
Probleme und Antworten auf eine Herausforderung
Forum Berlin 1981 · Köln 1982 – vergriffen – Band 4

Werner Gumpel (Hrsg.)
Alltag im Sozialismus
Symposium München 1981 · Köln 1982 – vergriffen – Band 5

Henning Günther
Die verwöhnte Generation?
Lebensstile und Weltbilder 14–19-Jähriger
Köln 1982 – vergriffen – Band 6

Erich E. Geißler (Hrsg.)
Bildung und Erziehung – notwendige Korrekturen im Schulverständnis?
Symposium Bonn 1982 · Köln 1982 – vergriffen – Band 7

Clemens-August Andreae (Hrsg.)
Kunst und Wirtschaft
Symposium Mainz 1982 · Köln 1983 – vergriffen – Band 8

Franz Thoma (Hrsg.)
Mehr Markt oder mehr Dirigismus?
Ökonomisches Denken im Umgang mit knappen Gütern
Kongress Innsbruck 1982 · Köln 1983 – vergriffen – Band 9

Nikolaus Lobkowicz (Hrsg.)
Irrwege der Angst – Chancen der Vernunft. Mut zur offenen Gesellschaft
Kongress München 1983 · Köln 1983 – vergriffen – Band 10

Lothar Wegehenkel (Hrsg.)
Umweltprobleme als Herausforderung der Marktwirtschaft –
Neue Ideen jenseits des Dirigismus
Symposium Stuttgart 1983 · Köln 1983 – vergriffen – Band 11

Rupert Scholz (Hrsg.)
Kreativität und Verantwortung –
Mitbestimmung in Wissenschaft, Medien und Kunst
Forum Berlin 1983 · Köln 1983 – vergriffen – Band 12

Rudolf Walter Leonhardt (Hrsg.)
Die Lebensalter in einer neuen Kultur?
Zum Verhältnis von Jugend, Erwerbsleben und Alter
Kongress Essen 1983 · Köln 1984 – vergriffen – Band 13

Werner Gumpel (Hrsg.)
Das Leben in den kommunistischen Staaten –
zum alltäglichen Sozialismus
Symposium München 1984 · Köln 1985 – vergriffen – Band 14

Clemens-August Andreae und Engelbert Theurl (Hrsg.)
Marktsteuerung im Gesundheitswesen
Symposium Mainz 1984 · Köln 1985 – vergriffen – Band 15

Nikolaus Lobkowicz (Hrsg.)
Das europäische Erbe und seine christliche Zukunft
Kongress München 1984 · Köln 1985 – vergriffen – Band 16

Clemens-August Andreae (Hrsg.)
Quellen des Wachstums
Kongress Innsbruck 1984 · Köln 1985 – vergriffen – Band 17

Rupert Scholz (Hrsg.)
Wandlungen in Technik und Wirtschaft als Herausforderung des Rechts
Kongress Berlin 1984 · Köln 1985 – vergriffen – Band 18

Friedrich August von Hayek
Die Überheblichkeit der Vernunft
Ernst Nolte
Über den historischen Begriff des „Liberalen Systems"
Hanns Martin Schleyer-Preise 1984 und 1985, Stuttgart · Köln 1985 – vergriffen – Band 19

Konrad Adam (Hrsg.)
Kreativität und Leistung –
Wege und Irrwege der Selbstverwirklichung
Kongress Essen 1985 · Köln 1986 – vergriffen – Band 20

Gerhard Prosi (Hrsg.)
Weltwirtschaft – Pazifische Herausforderung und europäische Antwort
Kongress Innsbruck 1986 · Köln 1987 – vergriffen – Band 21

Klaus Hildebrand (Hrsg.)
Wem gehört die deutsche Geschichte?
Deutschlands Weg vom alten Europa in die europäische Moderne
Symposium Berlin 1986 · Köln 1987 – vergriffen – Band 22

Jürgen Mittelstraß (Hrsg.)
Wissenschaftlich-technischer Fortschritt als Aufgabe
in einer freiheitlichen Kultur
Symposium München 1986 · Köln 1987 – vergriffen – Band 23

Karl Carstens
Gesetzesgehorsam in der freiheitlichen Demokratie
Hans-Georg Gadamer
Die anthropologischen Grundlagen der Freiheit des Menschen
Hanns Martin Schleyer-Preise 1986 und 1987,
Stuttgart · Köln 1987 – vergriffen – Band 24

Rupert Scholz (Hrsg.)
Wandel der Arbeitswelt als Herausforderung des Rechts
Kongress Berlin 1987 · Köln 1988 – vergriffen – Band 25

Michael Zöller (Hrsg.)
Der Preis der Freiheit – Grundlagen, aktuelle Gefährdungen und Chancen der offenen Gesellschaft
Symposium Köln 1987 · Köln 1988 – vergriffen – Band 26

Werner Gumpel (Hrsg.)
Die Zukunft der sozialistischen Staaten
Symposium München 1988 · Köln 1988 – vergriffen – Band 27

Jürgen Mittelstraß (Hrsg.)
Wohin geht die Sprache?
Wirklichkeit – Kommunikation – Kompetenz
Kongress Essen 1988 · Essen 1989 – vergriffen – Band 28

Golo Mann
Gedanken über den Terrorismus in unserer Zeit
Otto Schulmeister
Österreichs „Deutsche Frage"
Hanns Martin Schleyer-Preise 1988 und 1989, Stuttgart
Essen 1989 – vergriffen – Band 29

Joachim Starbatty (Hrsg.)
Europäische Integration:
Wieviel Wettbewerb – Wieviel Bürokratie?
Kongress Innsbruck 1989 · Essen 1990 – vergriffen – Band 30

Günter Nötzold (Hrsg.)
Die Stunde der Ökonomen – Prioritäten nach der Wahl in der DDR und die Zukunft der europäischen Wirtschaftsbeziehungen
Symposium Leipzig 1990 · Essen 1990 – vergriffen – Band 31

Klaus J. Hopt (Hrsg.)
Europäische Integration als Herausforderung des Rechts:
Mehr Marktrecht – weniger Einzelgesetze
Kongress Berlin 1990 · Essen 1991 – vergriffen – Band 32

Werner Gumpel (Hrsg.)
Sowjetunion – was nun? Zwischenbilanz und Perspektiven einer neuen politischen Ordnung in Ost- und Südosteuropa
Symposium München 1991 · Essen 1991 – vergriffen – Band 33

Reiner Kunze
Das unersetzbare Gedicht. Eine Anthologie, herausgegeben in Form eines Vortrags
Kurt Masur
Mensch und Musik
Hanns Martin Schleyer-Preise 1990 und 1991, Dresden
Essen 1991 – vergriffen – Band 34

Michael Zöller (Hrsg.)
Europäische Integration als Herausforderung der Kultur: Pluralismus der Kulturen oder Einheit der Bürokratien?
Kongress Erfurt 1991 · Essen 1992 – vergriffen – Band 35

Eine neue deutsche Interessenlage?
Vortrag und Diskussionsbeiträge v. Arnulf Baring u. a.
Forum Stuttgart 1992 · Köln 1992 – vergriffen – Band 36

Gerhard Prosi und Christian Watrin (Hrsg.)
Dynamik des Weltmarktes – Schlankheitskur für den Staat?
Kongress Innsbruck 1992 · Köln 1993 – vergriffen – Band 37

Friedhelm Hilterhaus und Michael Zöller (Hrsg.)
Kirche als Heilsgemeinschaft – Staat als Rechtsgemeinschaft: Welche Bindungen akzeptiert das moderne Bewußtsein?
Symposium Weimar 1992 · Köln 1993 – vergriffen – Band 38

Birgit Breuel
Aus persönlicher Erfahrung erwächst Zuversicht – Privatisierung in Ostdeutschland
Franz König
Christentum und Islam
Hanns Martin Schleyer-Preise 1992 und 1993, Stuttgart
Essen 1993 – vergriffen – Band 39

Rupert Scholz (Hrsg.)
Deutschland auf dem Weg in die Europäische Union: Wieviel Eurozentralismus – Wieviel Subsidiarität?
Kongress Essen 1993 · Köln 1994 – vergriffen – Band 40

Arnulf Baring und Rupert Scholz (Hrsg.)
Eine neue deutsche Interessenlage? Koordinaten deutscher Politik jenseits von Nationalismus und Moralismus
Symposium Berlin 1993 · Köln 1994 – vergriffen – Band 41

Friedhelm Hilterhaus und Werner Kaltefleiter (Hrsg.)
Deutschland: Zwischen Reformbedürftigkeit und Reformfähigkeit. Neue Soliditätsbasis, neue Wettbewerbsstärke – Prioritätenwechsel in der Politik: Wo ansetzen, wie umsetzen?
Symposium 1994 · Köln 1994 – vergriffen – Band 42

Andrej Gurkow und Valentin Zapevalov (Hrsg.)
Rußland auf dem Weg zur Neuformierung von Interessen, Macht und Strukturen – Lage und Perspektiven aus der Sicht „neuer" Russen
Symposium Berlin 1994 · Köln 1995 – vergriffen – Band 43

Hermann Lübbe
Die Freiheit, die Wohlfahrt und die Moral
Bernd Rüthers
Sprache und Recht
Hanns Martin Schleyer-Preise 1994 und 1995, Stuttgart
Köln 1995 – vergriffen – Band 44

Gerhard Prosi und Christian Watrin (Hrsg.)
Gesundung der Staatsfinanzen – Wege aus der blockierten Gesellschaft
Kongress Innsbruck 1995 · Köln 1995 – vergriffen – Band 45

Friedhelm Hilterhaus und Rupert Scholz (Hrsg.)
Medienentwicklung: Von der Selektion der Anbieter zur Selektion der Bürger – Individualisierung der Nachfrage als Gefährdung der kulturellen Integration?
Symposium Berlin 1995 · Köln 1996 – vergriffen – Band 46

Rupert Scholz (Hrsg.)
Europäische Integration – schon eine „Union des Rechts"? Zwischen Erfolgsbilanz und Balanceverlust
Kongress Essen 1996 · Köln 1996 – vergriffen – Band 47

Hermann Rappe
Soziale Marktwirtschaft – unsere gemeinsame Grundlage
Ernst Joachim Mestmäcker
Risse im europäischen Contrat Social
Hanns Martin Schleyer-Preise 1996 und 1997, Stuttgart
Köln 1997 – vergriffen – Band 48

Michael Zöller (Hrsg.)
Informationsgesellschaft – von der organisierten Geborgenheit zur unerwarteten Selbständigkeit?
Kongress Essen 1997 · Köln 1997 – vergriffen – Band 49

GEDENKVERANSTALTUNG
Aus Anlass der 20. Wiederkehr des Todestages von Hanns Martin Schleyer
Stuttgart 1997 · Köln 1998 – vergriffen – Band 50

Friedhelm Hilterhaus und Rupert Scholz (Hrsg.)
Rechtsstaat – Finanzverfassung – Globalisierung Neue Balance zwischen Staat und Bürger
Symposium Berlin 1997 · Köln 1998 – vergriffen – Band 51

Christian Smekal und Joachim Starbatty (Hrsg.)
Der Aufbruch ist möglich: Standorte und Arbeitswelten zwischen Globalisierung und Regulierungsdickicht. Mittelstand und „neue Selbständigkeit" als Innovationskräfte im Strukturwandel?
Kongress Innsbruck 1998 · Köln 1998 – vergriffen – Band 52

Reinhard Mohn
Auf dem Wege vom Obrigkeitsstaat zur Bürgergesellschaft
Elisabeth Noelle-Neumann
Zauber der Freiheit
Hanns Martin Schleyer-Preise 1998 und 1999, Stuttgart
Köln 1999 – vergriffen – Band 53

Rupert Scholz (Hrsg.)
Europa als Union des Rechts –
eine notwendige Zwischenbilanz im Prozess
der Vertiefung und Erweiterung
Kongress Leipzig 1999 · Köln 1999 – vergriffen – Band 54

Michael Zöller (Hrsg.)
Vom Betreuungsstaat zur Bürgergesellschaft –
Kann die Gesellschaft sich selbst regeln und erneuern?
Symposium Köln 2000 · Köln 2000 – vergriffen – Band 55

Arnulf Melzer und Gerhard Casper (Hrsg.)
Wie gestaltet man Spitzenuniversitäten? –
Antworten auf internationale Herausforderungen
Symposium München 2001 · Köln 2001 Band 56

Paul Kirchhof
Weltweites Handeln und individuelle Verantwortung
Helmuth Rilling
Musik – Brücke zwischen Menschen
Hanns Martin Schleyer-Preise 2000 und 2001, Stuttgart
Köln 2001 Band 57

Christian Smekal und Joachim Starbatty (Hrsg.)
Old and New Economy auf dem Weg in eine innovative Symbiose?
Dominanz der Prozesse – Flexibilität der Strukturen –
Konstanz der ökonomischen Grundregeln
Kongress Innsbruck 2001 · Köln 2001 – vergriffen – Band 58

Jürgen Mlynek (Hrsg.)
Die Zukunft der Hochschulfinanzierung –
qualitäts- und wettbewerbsfördernde Impulse
Symposium Berlin 2002 · Köln 2002 Band 59

Rupert Scholz (Hrsg.)
Europa der Bürger? Nach der Euro-Einführung
und vor der EU-Erweiterung – Zwischenbilanz und Perspektiven
Kongress, Essen 2002 · Köln 2002 – vergriffen – Band 60

Joachim Fest,
Geschichte und Geschichtsschreibung
Hans Peter Stihl
Die Verantwortung von Wirtschaftsverbänden
in einem freiheitlich verfassten Staat
Hanns Martin Schleyer-Preise 2002 und 2003, Stuttgart · Köln 2003 – vergriffen – Band 61

Arnulf Melzer (Hrsg.)
Gesundheit fördern – Krankheit heilen
Neue Wege im Zusammenwirken von
Naturwissenschaft – Medizin – Technik
Kongress, München 2003 · Köln 2003 – vergriffen – Band 62

Jürgen Mlynek (Hrsg.)
„Und sie bewegt sich doch!"
Universität heute: Zwischen Bewährtem und Veränderungsdruck –
Finanznot und Wettbewerb als Chancen für Innovation?
Symposium, Berlin 2004 · Köln 2004 Band 63

Tassilo Küpper (Hrsg.)
Demographischer Wandel als Innovationsquelle für
Wirtschaft und Gesellschaft
Forum, Köln 2004 · Köln 2004 – vergriffen – Band 64

Bernd Huber (Hrsg.)
Humboldt neu denken – Qualität und Effizienz der ‚neuen' Universitas:
Notwendigkeiten, Wege und Grenzen der Profilierung im Spiegel
nationaler und internationaler Herausforderungen
Symposium, München 2005 · Köln 2005 Band 65

Meinhard Miegel
Wachstum, Wohlstand, Beschäftigung – ein Gleichklang?
Hubert Markl
Freiheit und Verantwortung
Hanns Martin Schleyer-Preise 2004 und 2005, Stuttgart · Köln 2005 Band 66

Ulrich Blum und Joachim Starbatty (Hrsg.)
Globale Wirtschaft – nationale Verantwortung:
Wege aus dem Druckkessel
Kongress, Berlin 2005 · Köln 2005 – vergriffen – Band 67

Horst Michna, Peter Oberender, Joachim Schultze und Jürgen Wolf (Hrsg.)
„... und ein langes gesundes Leben" – Prävention auf dem Prüfstand:
Wieviel organisierte Gesundheit – wieviel Eigenverantwortung?
Kongress, Köln 2006 · Köln 2006 Band 68

Herrmann Lübbe
Gemeinwohl und Bürgerinteressen. Über die abnehmende
politische Repräsentanz des Common Sense.
Friedwart Bruckhaus Förderpreise – Forum Berlin 2006 · Köln 2007 Band 69

Dr. Klaus von Dohnanyi
Vielfalt oder Gleichheit? – Zur politischen Kultur Deutschlands
Günter de Bruyn
Über erträumte und gelebte Freiheit
Hanns Martin Schleyer-Preise 2006 und 2007, Stuttgart · Köln 2007 Band 70

Dieter Lenzen (Hrsg.)
Going Global: Die Universitäten vor neuen nationalen
und internationalen Herausforderungen
Symposium, Berlin 2007 · Köln 2007 Band 71

Wolfgang Bruncken und Barbara Frenz (Hrsg.)
Die Freiheit ist stärker – Bleibende Verantwortung für Staat und Bürger
Gedenkveranstaltung, Berlin 2007 · Köln 2008 Band 72

Axel Freimuth (Hrsg.)
Bildung ohne Grenzen – Die Zukunftsfähigkeit Deutschlands
in der Globalisierung
Forum, Köln 2007 · Köln 2008 – vergriffen – Band 73

Clemens Fuest, Martin Nettesheim und Rupert Scholz (Hrsg.)
Lissabon-Vertrag: Sind die Weichen richtig gestellt? – Recht und Politik
der Europäischen Union als Voraussetzung für wirtschaftliche Dynamik
Kongress, Berlin 2008 · Köln 2008 – vergriffen – Band 74

Wolfgang A. Herrmann
Wissenschaft „Made in Germany“ – Zehn Jahre Hochschulreformen: Wie die deutschen Universitäten ihre Zukunft gestalten
Symposium, München 2009 · Köln 2009 Band 75

Joachim Milberg
Vertrauen und Zukunft – Zum Innovationsklima in Deutschland
Helmut Kohl
Ich habe einen Freund verloren
Hanns Martin Schleyer-Preise 2008 und 2009, Stuttgart • Köln 2009 Band 76

Christian Calliess und Karl-Heinz Paqué (Hrsg.)
Deutschland in der Europäischen Union im kommenden Jahrzehnt – Kreativität und Innovationskraft: Neue Impulse für Staat, Markt und Zivilgesellschaft
Kongress, Dresden 2010 • Köln 2010 Band 77

Wolfgang A. Herrmann (Hrsg.)
Talente entdecken – Talente fördern: Bildung und Ausbildung an den Hochschulen in Deutschland
Symposium, München 2011 • Köln 2011 – vergriffen – Band 78

Jean-Claude Juncker
Wir brauchen Europa
Jürgen F. Strube
Das Geheimnis der Freiheit ist der Mut
Hanns Martin Schleyer-Preise 2010 und 2011, Stuttgart • Köln 2011 Band 79

Karl Max Einhäupl (Hrsg.)
Chancen und Grenzen (in) der Medizin
Kongress, Berlin 2011 • Köln 2012 Band 80

Bernd Huber und Jürgen Mlynek (Hrsg.)
Strategische Partnerschaften in der deutschen Wissenschaftslandschaft: Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen
Symposium, Berlin 2012 • Köln 2012 Band 81

Gunther Schnabl und Rupert Scholz (Hrsg.)
Aufgeschlossen für Wandel – verankert in gemeinsamen Grundwerten: Demokratie und Wirtschaft in Deutschland und in der Europäischen Union
Kongress, Leipzig 2012 • Köln 2013 Band 82

Helmut Schmidt
Gewissensentscheidung im Konflikt
Helmut Maucher
Aktuelle und zukünftige Herausforderungen für die Unternehmensführung
Hanns Martin Schleyer-Preise 2012 und 2013, Stuttgart • Köln 2013 Band 83

Werner Müller-Esterl (Hrsg.)
Die autonome Universität – ein Erfolgsmodell?
Symposium, Frankfurt am Main 2013 • Köln 2014 Band 84

Bernhard Eitel und Jürgen Mlynek (Hrsg.)
Führen(d) in der Wissenschaft – Sind Erfolge in der Wissenschaft auch eine Frage von Führung?
Symposium, Berlin 2014 • Berlin 2014 Band 85

Marianne Birthler
Von Deutschland nach Deutschland: Das letzte Jahr der DDR
Udo Di Fabio
Wankender Westen – Über die Grundlagen der freien Gesellschaft
Hanns Martin Schleyer-Preise 2014 und 2015, Stuttgart • Berlin 2015 Band 86

Bernd Huber (Hrsg.)
Die Universität der Zukunft
Symposium, München 2015 • Berlin 2016 Band 87

Karl Max Einhäupl (Hrsg.)
Medizin 4.0 –Zur Zukunft der Medizin in der digitalisierten Welt
Kongress, Berlin 2016 • Berlin 2017 Band 88

Wolfgang A. Herrmann (Hrsg.)
Wissenschaft als Beruf und Berufung
Symposium, Berlin 2017 • Berlin 2017 Band 89

Wolfgang Schäuble
Die offene Gesellschaft und ihre Freunde
Nicola Leibinger-Kammüller
Wirtschaft und Gesellschaft. Eine Momentaufnahme
Hanns Martin Schleyer-Preise 2016 und 2017, Stuttgart • Berlin 2017 Band 90

Barbara Frenz (Hrsg.)
Aus Anlass des 40. Todestages von Hanns Martin Schleyer
zum Gedenken und Nachdenken:
Die Freiheit verteidigen, die Demokratie stärken –
eine bleibende Herausforderung
Gedenkveranstaltung gemeinsam mit dem Bundespräsidenten,
Schloss Bellevue, Berlin 2017 • Berlin 2018 Band 91

Barbara Frenz, Peter M. Huber, Andreas Rödder (Hrsg.)
Die Freiheit verteidigen, die Demokratie stärken –
eine bleibende Herausforderung
Gedenksymposium, Berlin 2017 • Berlin 2018 Band 92

Clemens Fuest (Hrsg.)
Europa neu (er)finden im digitalen Zeitalter? –
Freiheit, Wohlstand und europäische Integration
Kongress, Berlin 2019 • Berlin 2019 Band 93

Joybrato Mukherjee (Hrsg.)
Hochschulmedizin auf dem Prüfstand
Symposium, Berlin 2019 • in Vorbereitung Band 94

Clemens Fuest
Populistische versus freiheitliche Wirtschaftspolitik im 21. Jahrhundert
Timothy Garton Ash
Zivilcourage und Toleranz im heutigen Europa
Hanns Martin Schleyer-Preise 2018 und 2019, Stuttgart Band 95

HANNS MARTIN
SCHLEYER-STIFTUNG
FREIHEIT DEMOKRATIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

ISBN: 978-3-947526-02-4